



GRENZENLOS:

LINKS.

FREI.

SOLIDARISCH.



BESCHLUSSBUCH

**LANDESDELEGIERTENKONFERENZ 2015
DER JUSOS SACHSEN**

- BESCHLÜSSE -

Arbeitsprogramm der Jusos Sachsen 2015-2017	5
ANTRAGSTELLER*IN: Juso-Landesvorstand	
L2: „Lebendige Partei – gerade in Regierungszeiten“	20
ANTRAGSTELLER*IN: Juso-Landesvorstand	
L1: Grundwerteprogramm der Jusos Sachsen	23
ANTRAGSTELLER*IN: Juso-Landesvorstand	

ANTRÄGE - INNENPOLITIK

I4: „Unsere Verantwortung ist unser Boot – Asylverfahrensgesetz ändern!“ ...	31
Antragsteller*in: Unterbezirk Dresden	
I3: „Anforderungen an ein modernes Einwanderungsgesetz“	32
ANTRAGSTELLER*IN: Unterbezirk Dresden	
I6: „Winterabschiebestopp in Sachsen“	34
ANTRAGSTELLER*IN: Unterbezirk Dresden	
I2: „Wir ziehen´s durch – Cannabis legalisieren!“	35
ANTRAGSTELLER*IN: Juso-Landesvorstand	
I5: „Ey Deutschland du Opfer! – Staatsbeleidigung ist keine Straftat“	36
ANTRAGSTELLER*IN: Unterbezirk Dresden	
I10: „Anlassunabhängige Recherche – Suche nach volksverhetzenden Postings nicht der Netzgemeinde überlassen“	37
ANTRAGSTELLER*IN: Unterbezirk Dresden	
I11: „Cui honorem, honorem“	38
ANTRAGSTELLER*IN: Juso-Hochschulgruppe Dresden	

ANTRÄGE - GLEICHSTELLUNG

C1: „Lasst die Fahnen wehen! Flaggenverordnung ändern“	39
ANTRAGSTELLER*IN: Stadtverband Leipzig	

ANTRÄGE - BILDUNG

- B3: „Novellierung des Schulgesetzes – Mitwirkungsrechte stärken“** 40
ANTRAGSTELLER*IN: Stadtverband Leipzig
- B1: „Politische Bildung 2.0 für Sachsen: Lebenslanges Lernen für Demokratie und zivilgesellschaftliches Engagement“** 42
ANTRAGSTELLER*IN: Unterbezirk Dresden
- B5: „Das Semesterticket ist Aufgabe der Studienräte“** 44
ANTRAGSTELLER*IN: UB Chemnitz
- B4: „Gleichstellungsarbeit an sächsischen Hochschulen aufwerten“** 45
ANTRAGSTELLER*IN: Juso-Hochschulgruppe Leipzig, SV Leipzig

ANTRÄGE - UMWELT/VERBRAUCHER/VERKEHR

- U4: „Neue Technologien für neue Energiekonzepte systematisch fördern“** 46
Antragsteller*in: Juso-Hochschulgruppe Dresden
- U6: „Diskriminierung der Braunkohle stoppen!“** 47
ANTRAGSTELLER*IN: UB Mittelsachsen, Landesarbeitskreis UwE
- U5: „Mautpflicht für Omnibusse einführen!“** 48
ANTRAGSTELLER*IN: UB Mittelsachsen, Landesarbeitskreis UwE
- U7: „Europäische Kerosinsteuer einführen!“** 49
ANTRAGSTELLER*IN: UB Mittelsachsen
- U1: „Von Bienen und Blumen – unsere Maßnahmen zur Eindämmung vom Bienensterben“** 50
ANTRAGSTELLER*IN: Unterbezirk Dresden
- U2: „Glyphosat aus dem Verkehr ziehen“** 51
ANTRAGSTELLER*IN: Unterbezirk Dresden
- U3: „Mehr Anreize – weniger Antibiotika in der Tiermast!“** 52
ANTRAGSTELLER*IN: Juso-Hochschulgruppe Dresden
- U6: „Plastikkirschen – nein Danke!“** 53
ANTRAGSTELLER*IN: Stadtverband Leipzig

ANTRÄGE - EUROPA/INTERNATIONALES

- E1: „Menschenrechte statt Aufrüsten! – Stopp des deutschen-mexikanischen Sicherheitsabkommen“** 54
ANTRAGSTELLER*IN: UB Vogtland
- E2: „Freizügigkeit gilt für Alle – humanitäre Neuordnung der europäischen Flüchtlingspolitik jetzt!“** 56
ANTRAGSTELLER*IN: UB Chemnitz

ANTRÄGE - ORGANISATION

- O1: „Innerparteiliche Mitbestimmung stärken – Für einen fairen Mitgliederentscheid“** 57
ANTRAGSTELLER*IN: Stadtverband Leipzig

ANTRÄGE - GESUNDHEIT

- G1: „Anonymisierter Krankenschein für Sachsen“** 58
ANTRAGSTELLER*IN: Unterbezirk Dresden

ANTRÄGE - WIRTSCHAFT/FINANZEN/ARBEIT

- W4: „Vermögenssteuer umsetzen – Wachsende Ungerechtigkeit nicht akzeptieren“** 59
ANTRAGSTELLER*IN: Unterbezirk Dresden
- W5: „Gute studentische Arbeit an sächsischen Hochschulen“** 61
ANTRAGSTELLER*IN: Juso-Hochschulgruppe Leipzig, SV Leipzig
- W3: „Gesetzliche Regelung der Tarifeinheit verhindern!“** 63
ANTRAGSTELLER*IN: Unterbezirk Dresden
- W1: „Investitionsstau durch ÖPPs beheben? – Öffentliche Infrastruktur gehört in öffentliche Hand!“** 64
ANTRAGSTELLER*IN: Unterbezirk Dresden
- W2: „Privatisierungsbremse für Sachsen“** 65
ANTRAGSTELLER*IN: Unterbezirk Dresden

INITIATIVANTRÄGE

INI1: „Asylrecht ist Menschenrecht!“ 66

ANTRAGSTELLER*IN: Unterbezirk Dresden

INI2: „Dauerhaftes Bleiberecht für Opfer rassistischer Gewalt“ 68

ANTRAGSTELLER*IN: Unterbezirk Dresden

Arbeitsprogramm der Jusos Sachsen 2015-2017

Antragsteller*in: Juso-Landesvorstand

1. So wollen wir arbeiten. Grundlegendes zu Strukturen & Formaten

a) Formate & Strukturen

Sozialistisch, feministisch, internationalistisch - so lautet auch weiter unser Dreiklang. Unsere Aufgabe ist es diesen Dreiklang durch unsere Formate, Strukturen und eure Ideen immer wieder mit Leben zu erfüllen. Dafür haben wir zwei Wege: Den Weg nach innen - in die Partei und/oder zu den eigenen Mitgliedern - und den Weg nach außen.

Aktuell zählen wir rund 1.500 Mitglieder. Sie stecken alle in unterschiedlichen Lebensphasen, haben verschiedenste Interessen, Ideen, Zeitbudgets und Lieblingsthemen. Uns alle eint der Dreiklang und der Wunsch, politisch zu arbeiten. Als Landesvorstand sehen wir unsere Aufgabe zum einen darin diesem Wunsch den idealen Rahmen zu bieten, also die Arbeit der Unterbezirke und Kreisverbände zu unterstützen und Synergien zu erzeugen. Zum anderen aber wollen wir auch Motor der Bewegung sein, also Themen setzen, Anstöße geben und helfen, die zu aktivieren, die vor Ort noch keinen Anschluss gefunden haben oder noch zögerlich gegenüber der konkreten Juso-Arbeit sind. Hierfür wählen wir verschiedene aufeinander abgestimmte Mittel und Strukturen. Alle Veranstaltungsformate und Kommunikationsstrukturen haben wir im vergangenen Jahr auf den Prüfstand gestellt. Für die kommenden zwei Jahre wollen wir die neuen Strukturen festigen und evaluieren.

Fest eingeplant sind für die Jahresplanung 2016 und 2017 jeweils:

- zwei **Neujusowochenenden**, um neuen oder zugezogenen Mitgliedern den Einstieg zu erleichtern
- zwei **Workshopwochenenden**, um Input von Außen in den Verband zu holen und eine Plattform für Diskussionen zu schaffen
- ein **Vernetzungstreffen**, um Unterbezirke und Kreisverbände an einen Tisch zu holen und gemeinsam landesverbandsübergreifende Probleme wie Mitgliedergewinnung, professionelle Pressearbeit etc. zu diskutieren
- ein **Sozi-Seminar**, um grundlegende Fragen zu unseren Grundwerten zu debattieren und in theoretische Texte einzusteigen
- **Austauschfahrten und Rückaustausche** z.B. nach Brüssel und/mit Israel, um unsere europäische und internationale Arbeit zu stärken

- Gedenkstättenfahrten

- ein **Verbandswochenende**, um gemeinsam zu diskutieren, die LDK inhaltlich vorzubereiten und zu feiern

- eine Abendveranstaltung **x-Jahre Regierung zum Gruseln mit anschließender Halloween-Party**, um zu sehen was im Land vorwärts geht, die kritischen Punkte aufzudecken und anschließend gemeinsam zu feiern

- **Kooperationsveranstaltungen mit der FES**, um auf Podien unsere Themen zu setzen und andere Gruppen zu erreichen

- **Abendveranstaltungen zu politischen Themen**, bei denen sich Mitglieder und Interessierte zu aktuellen Themen informieren und mit Referent*innen, Expert*innen, etc. diskutieren können

- **Berlin-Fahrt mit Besuch des Bundestages und/oder Ausflug in den Sächsischen Landtag**, um allen Mitgliedern die Arbeit unserer Abgeordneten vorzustellen

- **Frauen*-Empowerment-Tour mit Abschlussveranstaltung**, um die Frauen* in unserem Verband zu vernetzen und aktiv zu fördern

Um unsere Formate lebendig zu halten, andere und euch zu informieren etc. haben wir folgende Strukturen gewählt:

- **Jusos-Sachsen-Verteiler**, Informationsquelle für alle, über die Einladungen, Anmelde-links und kleine Bilanzschreiben verschickt werden

- **großer LaVo-Verteiler**, für den gewählten Landesvorstand, aber auch die Unterbezirks-/Kreisverbands-Vorsitzenden sowie LAK-Sprecher/innen, Sprecher/innen der Juso-Schüler/innen und JHG-Landeskoordinator/innen, um den Informationskreislauf groß und aktiv zu halten

- **Google-Kalender**, um allen das Einbinden der Termine und die Planbarkeit zu erleichtern

- **Betreuungs-Unterbezirke**, um sicher zu stellen, dass im LaVo jede und jeder weiß, was in den UBs läuft, diese aber auch eine/n Ansprechpartner/in im Landesvorstand haben

- **Website**, um eine Visitenkarte im Netz zu haben und über die grundlegende Arbeit zu informieren

- **Blog**, um aktuelle Themen kommentieren zu können und euch die Möglichkeit zu geben, Meinungen in den Verband zu kommunizieren
- **Verbandszeitung "Rote-Socke"**, um viermal im Jahr das Verbandsleben in Text und Form zu gießen, wobei uns die Printausgabe im 1. Quartal als greifbarer Gruß im Briefkasten aller (Nicht-)Aktiven besonders wichtig ist
- **Bilanzmails** z.B. zu Weihnachten und Ostern, um euch zu zeigen woran wir arbeiten und euch zum Feedback zu ermuntern
- **Facebook-Gruppe**, bisher nur im Wahlkampf genutzt, soll zukünftig ausgebaut werden, um allen Mitgliedern ein Angebot zu machen, sich auszutauschen, Ideen zu vernetzen und ein noch direkteren Draht zum LaVo zu pflegen

Diese Strukturen sind sehr vielfältig und pflegeintensiv. Über intensive Werbung für und über die Verteiler, attraktive Online- und Social-Media-Auftritte, dreiteilige Einladungen mit save-the-date, Einladung und Reminder wollen wir auch in Zukunft Sorge tragen, dass möglichst viele von unseren Formaten erfahren und sie nutzen können. Deswegen ist es unser Ziel, die Jahresplanung bereits wieder im 4. Quartal des Vorjahres an die Unterbezirke zu geben und Rückmeldungen dieser und unserer Partner/innen einzuarbeiten.

Lange Planbarkeit, Rotation der Veranstaltungsorte, gute Erreichbarkeit und möglichst keine bzw. geringe Kosten sowie verständliche Einladungen zu vielfältigen Themen bilden für uns auch zukünftig den Rahmen für erfolgreiche Arbeit.

Gleichzeitig ist es uns wichtig für neue Strukturideen offen zu sein. Deswegen wollen wir am großen Verteiler für den Landesvorstand festhalten. So haben alle Unterbezirke über ihre/n Vorsitzende/n die Möglichkeit direkt Feedback zu senden und Änderungsvorschläge zu machen. Denn eines ist klar: Die Strukturen können auf dem Papier noch so gut geplant sein. Lebendig werden sie durch euch und euren Einsatz. Wir wollen zudem am Prinzip der Evaluation jeder Veranstaltung festhalten.

b) Arbeit des Landesvorstandes

Der Landesvorstand wird auch in Zukunft die Jahresplanung auf einer zweitägigen Klausur besprechen, deren zweiter Teil wie in den letzten Jahren offen für die Unterbezirksvorsitzenden und LAK-Sprecher/innen sowie Vertreter/innen der Juso-Hochschulgruppen und Juso-Schüler/innen ist. Eine zweite kleine Klausur im Jahr soll zudem helfen die Fortschritte und Probleme zu dokumentieren.

Die Landesvorstandssitzungen finden weiterhin öffentlich einmal im Monat an einem im Landesvorstand vereinbarten festen Wochentag statt. Verschiebungen werden frühestmöglich über den Landesvorstandsverteiler angekündigt. Die Sitzungen

rotieren im Landesverband.

Die genauen zeitlichen Vereinbarungen etc. versucht das neu gewählte Landesvorstandsteam unter der Prämisse der größtmöglichen Öffentlichkeit für die Landesverbandsmitglieder festzulegen.

Dem Landesvorstand steht es frei nicht-öffentliche Teilsitzungen durchzuführen. Hierfür sind ausreichende Gründe, wie die Wahrung der Privatsphäre bestimmter Personen etc. anzugeben.

Die Sitzungen werden von Telefonkonferenzen ergänzt, die anlassbezogen vereinbart werden. Alle Sitzungen und Konferenzen des Landesvorstandes werden über den LaVo-Verteiler angekündigt. Hierbei ist eine Tagesordnung vorzulegen. Die Termine werden zudem im Google-Kalender und bei Facebook veröffentlicht.

Während jeder Sitzung ist ein Protokoll anzufertigen, welches über den Landesvorstandsverteiler auch den Unterbezirken und Kreisverbänden zugänglich gemacht wird. Die Protokolle werden mindestens ein Jahr gespeichert und stehen auf Nachfrage jedem Mitglied zur Verfügung.

Die Arbeitsorganisation für Veranstaltungen etc. übernimmt der Landesvorstand in Eigenregie. Der neue Landesvorstand will auch in den kommenden Jahren mit den bereits etablierten Plattformen Dropbox (zum Speichern von Dokumenten, Bildern etc.), Trello (zum Organisieren von to-dos etc.) und Titanpad (zum gemeinsamen Erstellen von Texten) arbeiten. Jedem kooptierten Mitglied steht der Zugang zu diesen Plattformen frei.

Das Außenvertretungsrecht für den Landesverband nimmt die/der Vorsitzende wahr. Im Falle der Verhinderung sind die Stellvertreter/innen in Absprache untereinander für die Vertretung verantwortlich. Die/Der Vorsitzende gibt öffentliche Statements wie Pressemeldungen vor der Veröffentlichung im Vorstand zur Abstimmung. Das notwendige Quorum entscheidet der amtierende Landesvorstand. Der/die Landesvorsitzende kann Interviews und Anfragen ohne Rücksprache mit dem Vorstand wahrnehmen. Er/Sie bewegt sich hierbei auf dem Boden der Beschlusslagen oder aktuellen Debatten im Verband.

Der Landesvorstand versteht sich neben seinen organisatorischen Aufgaben in erster Linie als politisches Gremium. Es ist seine Aufgabe den Mitgliedern einen planbaren Rahmen für politische Aktivität zu bieten und die Unterbezirke bei Planung derselben zu unterstützen. Über Pressemeldungen etc. soll zudem das aktuelle politische Geschehen bewertet und begleitet werden.

Der Landesvorstand verpflichtet sich auch weiterhin einen engen Draht zu verschiedenen relevanten Akteur/innen wie Vertreter/innen der SPD-Landtagsfraktion, des SPD-Landesvorstandes, anderen SPD-Arbeitsgemeinschaften und den SPD-Minister/innen zu halten, um Juso-Positionen zu diskutieren und einfließen zu lassen. Wir verstehen uns als eigenständiger Jugendverband, der stets kritisch-konstruktiv versucht den Weg der Partei zu beeinflussen. Näheres zur Arbeit in

und mit der SPD-Sachsen folgt unter "7. Wirken in der SPD Sachsen & Begleitung der Regierungskoalition".

2. Leitthema für die kommende Legislatur

Uns ist es wichtig, thematisch breit aufgestellt zu sein, denn so unterschiedlich wie unsere Mitglieder sind nicht nur die Problemlagen in der Welt, sondern auch die Interessen. Trotzdem wollen wir in der kommenden Legislatur ein Motto über unsere Arbeit stellen, um Debatten zu bündeln und vertieft in eine Debatte einzusteigen.

Flucht & Heimat, Willkommenskultur & Rechtspopulismus sind Schlagworte, die gegenwärtig die Medien, aber auch die Gedanken vieler junger Menschen bestimmen. Für uns ist klar: Wir wollen nicht, dass rechtes Gedankengut, rechtspopulistische Aufmärsche, Fremdenfeindlichkeit und ein verklärter nationalistischer Heimatbegriff in Sachsen oder sonst wo die Oberhand gewinnen. Wir verstehen es daher als Pflicht uns nicht nur an entsprechenden Gegenprotesten zu beteiligen und für eine entsprechende Gegenöffentlichkeit zu sorgen, sondern aktiv in die Thematik einzutauchen. Dabei ist es für uns als SPD-Arbeitsgemeinschaft und Jugendverband wichtig zwei Perspektiven zu beleuchten.

Die erste Perspektive befasst sich mit dem Aufeinandertreffen derer die fliehen und derer, die in ihrem Ankunftsland leben. Sie spannt sich rund um die Begriffe 'Flucht' und 'Heimat'. Wir wollen fragen: Wer flieht eigentlich, und warum? Wie finden Geflüchtete in Sachsen Schutz und Sicherheit? Wie kann das sogenannte Heimatgefühl vieler Menschen so geöffnet werden, dass es auch das scheinbar Fremde aufnimmt und zulässt? Was macht die pauschale Ablehnung und Fremdenfeindlichkeit mit unserer Gesellschaft? Was bedeutet der Begriff 'Heimat' für uns und heute überhaupt?

Die zweite Perspektive nimmt das Hiersein in den Blick und spannt sich rund um die Begriffe 'Willkommenskultur' und 'Rechtspopulismus'. Uns ist es dabei wichtig die wirtschaftlichen und sozialen Faktoren, die ein echtes Ankommen ermöglichen zu betrachten. Wir wollen fragen: Was zeichnet einen guten Start in Deutschland aus? Wie werden die oft traumatisierten Menschen unterstützt? Wie kann der Zugang zu Sprachkursen, Arbeitsmarkt und Weiterbildung verbessert werden? Wie können Fluchtursachen wirksam bekämpft werden? Was ist politisch zu tun, um Willkommenskultur nicht zum Schlagwort ohne politischen Handlungsanspruch verkommen zu lassen?

Anpacken wollen wir das Leitthema dann wie folgt:

Alternativen/Kombinationsmöglichkeiten

- ein/zwei Workshopwochenenden komplett zu diesem Themenkomplex gestalten
- beim 2. Workshopwochenende die Hälfte der Workshops zu diesem Thema

anbieten

- der Verband wird beim 1. Workshopwochenende darüber abstimmen, ob auch beim 2. Workshopwochenende das Thema aufgegriffen wird
- das Thema beim gemeinsamen Part des Verbandswochenendes setzen
- Podiumsveranstaltungen mit Partner/innen gestalten
- einen thematischen Faden in der Verbandszeitung etablieren
- weitere

Ziel der Befassung ist zum einen die Information der Mitgliedschaft und die Vernetzung mit relevanten Akteur*innen, zum anderen das Zusammentragen der Erkenntnisse in einer entsprechenden Handreichung und/oder einem Leitantrag für die Landesdelegiertenkonferenz.

3. Hier müssen wir ran. Unsere Herausforderungen für die kommenden Jahre

a) Aktivität der Landesarbeitskreise

Die Landesarbeitskreiswochenenden sind nicht mehr Teil der vom Landesvorstand angebotenen Wochenendveranstaltungen. Das hat in erster Linie den Grund, dass immer weniger Jusos an den Landesarbeitskreiswochenenden teilnahmen, aber auch den, dass immer weniger Jusos sich an einen Arbeitskreis binden wollten. Grund für die schwindende Teilnahme war in erster Linie die immer eingeschränktere inhaltliche Arbeit der Arbeitskreise. Es gab Personalwechsel, eine lange Liste von bereits diskutierten Themen, Leitanträge und am Ende wenig Energie die Struktur so zu formen, dass diese neue Personen binden konnte. Der Landesvorstand hat im Oktober 2014 daher beschlossen, die Landesarbeitskreise aus der Verantwortung der Gestaltung eines ganzen Wochenendes zu entlassen. Statt dessen wurden die Landesarbeitskreise beauftragt, verstärkt Abendveranstaltungen durchzuführen und Themen für Workshopwochenenden vorzuschlagen. Dafür wurde den Landesarbeitskreisen ein Budget von je 150 Euro zur Verfügung gestellt. In der Praxis zeigt sich, dass die meisten Landesarbeitskreise Schwierigkeiten haben, diese Anforderung zu erfüllen. Nur wenigen gelang es, über das Jahr hinweg Arbeitskreissitzungen anzubieten.

Der Landesvorstand lud deswegen im Laufe des Jahres zweimal die Landesarbeitskreissprecher/innen in den Landesvorstand ein, um Lösungen für diese Probleme zu diskutieren. Im Juni wurde vereinbart ein gemeinsames Arbeitstreffen aller Landesarbeitskreissprecher/innen durchzuführen, um zu klären wie die Arbeit künftig geplant werden kann. Fakt ist immer noch: Wir brauchen Keimzellen für unsere inhaltlichen Schwerpunkte. Es steht zur Debatte die Arbeitskreise aus dem strengen thematischen Rahmen zu befreien und eher anlassbezogenen Arbeitskreise zu aktuellen Themen zu bilden.

Bei einem Treffen Ende Juli diskutierten die Sprecher*innen der Landesarbeitskreise und Interessierte über ein Konzept zur zukünftigen Gestaltung der inhaltlichen Arbeit.

Dabei wurde folgendes vereinbart: Die Landesarbeitskreise werden in ihrer jetzigen Form aufgelöst und es werden stattdessen Projektgruppen gegründet. Mit Rückblick auf das Treffen der Landesarbeitskreissprecher/innen legt der Landesvorstand für das Jahr 2015/16 folgende fünf Projektgruppen fest:

- Internationales: Vor-/ Nachbereitung des Israel-Austausches
- Wirtschaft & Soziales: Arbeitsmarkt und Migrationsgesellschaft
- Bildung: Was muss das neue Schulgesetz leisten?
- Umwelt & Energie:
- Digitalisierung: Datensicherheit und Datenhandel

Die Projektgruppen bestimmen den Koordinator/die Koordinatorin bzw. Koordinator/innenkreis ihrer Gruppen. Im kommenden Jahr sollen die Themen der Projektgruppen durch die Landesdelegiertenkonferenz beschlossen werden. Ideen werden auf dem Verbandswochenende gesammelt und schließlich, ggf. als Alternativen, ins Arbeitsprogramm formuliert.

Die Projektgruppen geben sich selbst konkrete politische Ziele und setzen zu deren Gelingen ein festes Zeitfenster. Alle halbe Jahre wird in einem entsprechenden Rahmen eine projektgruppenübergreifende Einschätzung und Auswertung der Zielumsetzung stattfinden. Besteht nach Ablauf der Projektzeit noch Interesse an dem Thema, kann die jeweilige Projektgruppe mit neuer bzw. überarbeiteter Zielsetzung fortgeführt werden. Sollte das Interesse an inhaltlicher Arbeit noch größer sein, können auch weitere gegründet werden. Die Projektgruppen werden vom Landesvorstand begleitet und unterstützt. Zur Realisierung der inhaltlichen Arbeit wird allen Projektgruppen ein gemeinsames Budget zur Verfügung stehen.

b) Frauen*-Empowerment

Junge Frauen* für die politische Arbeit zu begeistern bleibt eine stete Herausforderung für einen Verband, der den Feminismus als einen seiner Grundwerte bezeichnet. Im Rahmen einer Frauen*-Empowerment-Tour soll ab dem 4. Quartal 2015 damit begonnen werden, Unterbezirken gezielt Angebote im Bereich Frauen*-Empowerment zu unterbreiten. Im Fokus steht, bereits aktive Frauen* zu stärken. Der Landesvorstand ist hierbei aber auf die Mithilfe der Unterbezirke angewiesen.

Um Frauen* zu stärken ist es zudem notwendig mehr Frauen* für die politische Arbeit zu gewinnen. Der Juso-Landesvorstand wird sich diesbezüglich für eine Mitgliederkampagne einsetzen. Näheres dazu im Abschnitt "7. Wirken in der SPD Sachsen & Begleitung der Regierungskoalition."

c) Fläche-Land-Gegensatz abmildern

Mit dem Vernetzungstreffen haben wir begonnen alle Unterbezirke regelmäßig an

einen Tisch zu holen. Ziel ist es gemeinsam Herausforderungen des gesamten Landesverbandes anzupacken. Eine besondere Herausforderung stellt dabei der Unterschied zwischen Stadt- und Flächenunterbezirk dar. Es ist die Aufgabe der Unterbezirke vor Ort die notwendige Aktivität zu entfalten, um eine Grundjusoarbeit zu ermöglichen. Der Landesvorstand möchte aber mittels des Vernetzungstreffens und der dort angebotenen Workshops (z.B. zur Neumitgliedergewinnung, Frauenförderung, Pressearbeit etc.), durch die direkte Ansprechstruktur in Form der Betreuungs-Unterbezirke, der Kooptation der Unterbezirkvorsitzenden in den Juso-Landesvorstand sowie die direkte Unterstützung bei Vollversammlungen oder Veranstaltungen/Projekten unterstützend tätig sein. In den kommenden zwei Jahren sollen zudem weitere Ideen geprüft werden.

Zur Unterstützung von neuen Vorständen in den Unterbezirken soll aus den Ergebnissen der Vernetzungstreffen ein Leitfaden erarbeitet werden, in dem grundlegende Arbeitsweisen und Anleitungen für erfolgreiche Strategien zusammengefasst sind. Der Leitfaden wird in Unterstützung der Unterbezirke vom Landesvorstand erstellt und regelmäßig aktualisiert und erweitert. Im Leitfaden werden zudem Instrumente erfasst, die zur Mitgliedergewinnung und -aktivierung geeignet sind (z.B. Zeitbudgeterfassung).

Wir können uns zudem vorstellen, dass wir ein Angebot formulieren, indem wir es jedem UB freistellen, einzelne LaVo-Mitglieder noch mehr in die Unterbezirkkommunikation einzubinden. Durch das direkte Anregen von Aktionen und Veranstaltungen erhoffen wir uns, zu einer Stärkung der Strukturen vor Ort beitragen zu können. Wichtig ist, dass wir die Arbeit in den Unterbezirken nicht beeinflussen wollen und erst recht nicht übernehmen. Was besser funktioniert ist, wenn Veranstaltungen und Aktionen von benachbarten Unterbezirken gemeinsam geplant werden. An der Stelle können wir eine bessere Vernetzung unterstützen. Ebenso wollen wir die inhaltliche Arbeit besonders in den strukturschwachen Regionen stärken. Die Inhalte, die wir gemeinsamen mit den Unterbezirken planen, sollen unter einer gemeinsamen Reihe "Wem gehört Sachsen" (Arbeitstitel) durchgeführt werden.

Häufiger als man denkt, gibt es Probleme, die besser gemeinsam mit anderen gelöst werden, denn allein. Wenn also vor Ort Probleme anliegen, wollen wir gern für Unterstützung sorgen. Mal ist es das Gespräch mit der/dem Abgeordneten vor Ort, mal ist es die Vermittlung von Kontakten. Dafür brauchen wir aber eure rege Mitarbeit und Rückmeldungen.

d) Aktive Mitgliedschaft

Viele Aufgaben und Ideen brauchen viele Schultern die sie tragen. Deswegen ist es uns wichtig neue Mitglieder gezielt anzusprechen und inaktive Mitglieder auf unsere Angebote aufmerksam zu machen. Um das zu erreichen haben wir im April 2015 die neu entworfene Verbandszeitung "Rote Socke" postalisch an alle Mitglieder versandt, die einen Postversand nicht explizit ausgeschlossen hatten. Der Landesvorstand wil

an dieser Jahresaktion festhalten, da sie eine gute Möglichkeit bietet über E-Mails hinaus sichtbar in Kontakt zu treten. Diese erste Ausgabe soll daher immer eine Jahresplanung sowie viele zeitlose, grundlegende Artikel enthalten. Es ist angedacht, den gedruckten Überschuss auch weiterhin an die Unterbezirke auszureichen, damit auch vor Ort für die Aktivitäten des Landesverbandes geworben werden kann. Um die Verbandszeitung so weit wie möglich auf die einzelnen Mitglieder anzupassen, soll den Unterbezirken auch in Zukunft angeboten werden die Zeitung durch ein Inlay auf ihre Region abzustimmen. Hierbei ist ein entsprechender zeitlicher Vorlauf zu beachten.

Das wichtigste Kommunikationsmittel ist und bleibt die E-Mail. Damit unsere Einladungen etc. auch weiterhin möglichst viele Mitglieder erreichen ist eine stete Verteilerpflege notwendig. Es ist auch weiterhin Aufgabe des Landesvorstandes die Unterbezirke regelmäßig nach neuen Adressen zu fragen und dafür entsprechende Formulare anzubieten.

Gewonnene Neumitglieder sind kostbar. Der Landesvorstand wird sich deswegen auch in den kommenden Jahren intensiv um neue Mitglieder kümmern. Dafür werden zwei Neujusowochenenden pro Jahr angeboten. Sie sollen auch weiterhin im Landesverband rotieren und kostenlos sein. Um Neumitglieder für diese Wochenenden zu gewinnen ist eine zeitige Information der Unterbezirksvorsitzenden notwendig. Um wirklich alle zu erreichen, sollen die Einladungen auch hier weiterhin über die Mavis versendet werden.

Eine weitere Form der gezielten Begrüßung ist das Juso-Starter-Paket. Der Juso-Landesvorstand hat im August 2015 beschlossen, dieses wieder ins Leben zu rufen. Wir bieten den Unterbezirksvorsitzenden an, dass sie uns gezielt zu Veranstaltungen mit ihren Neujusos einladen, um die Verbandsarbeit vorzustellen.

e) Aktivität der Juso-Schüler*innen und Juso-Hochschulgruppen

Derzeit gibt es zwei aktive Gruppen an den Hochschulen. Sie sind sehr wichtig, um Zugang zu den Studierenden direkt an der Universität zu erhalten. Hochschulpolitik ist weiterhin ein Thema für die landespolitische Auseinandersetzung. Das haben nicht nur die großen Anti-Kürzungsproteste gezeigt. Aber auch allgemeinerpolitische Themen können über die Hochschulgruppen an die Universitäten gebracht werden. Die Aktivität der Hochschulgruppen muss daher gestärkt und ausgebaut werden. Zumindest in den drei großen Städten (Dresden, Leipzig, Chemnitz) sollte es ansprechbare Strukturen geben, die auf aktuelle Ereignisse reagieren, bei hochschulinternen Aktivitäten wie Vorstellungsstraßen etc. präsent sind und thematische Veranstaltungen durchführen. Auch in der Hochschulstadt Mittweida soll auf lange Sicht eine Hochschulgruppe etabliert werden. Bisher wurden die aktiven Hochschulgruppen über die Landkoordinator*innen in die Arbeit des Landesvorstandes eingebunden. Zudem erfolgten Einladungen zu thematisch passenden Sitzungen, Kooperation bei Veranstaltungen sowie gemeinsame

Pressemeldungen. Wie die Landesarbeitskreise hatten die Hochschulgruppen zudem ein Abrufbudget von je 150 Euro zur Verfügung. Die Anzahl der durchgeführten Aktionen und Veranstaltungen ist jedoch noch ausbaufähig. Die einzelnen Hochschulgruppen haben dazu bereits Überlegungen und Projektideen initiiert. Herauszuheben ist allerdings die Teilnahme der sächsischen Vertreter*innen auf Bundeskoordinierungstreffen und anderen Veranstaltungen des Juso-Hochschulgruppen-Bundesverbandes. So fand unter anderem ein Seminarwochenende in Leipzig statt.

Die derzeitigen Unterstützungsformen sollen auch in der kommenden Legislatur aufrecht erhalten werden. Kernproblem der Aktivierung und langfristigen Bindung weiterer Studierenden scheint die hektischere Bachelor-Master-Studiensituation und der damit verbundene Zeit- sowie Personalmangel zu sein.

Vergleichbar schwierig gestaltet sich eine kontinuierliche Schüler*innen- Arbeit. Die Juso-Schüler/innen bilden eine kleine aber wichtige Gruppe der Jusos. Wir glauben fest daran, dass Schüler/innen in den politischen Prozess integriert werden müssen. Demokratische Schüler/innenvertretungen sind uns in Zeiten der schwindenden Wahlbeteiligung und mangelnden Bürger/innenbeteiligung ebenso wichtig wie demokratische Hochschulen.

Auch die Juso-Schüler/innen-Gruppe ist an den Landesvorstand angebunden. Es erfolgt zudem finanzielle Unterstützung durch ein Abrufbudget sowie organisatorische Unterstützung bei der Planung und Durchführung von Veranstaltungen wie etwa der Vollversammlung. Dieses Engagement des Landesvorstandes wollen wir verstetigen. Das Gewinnen von mehr Juso-Schüler*innen kann durch stärkeren Austausch mit Schüler*innenvertretungen gelingen. Die kommende Änderung des Schulgesetzes bietet sich dabei als relevanter Diskussionspunkt an. Gleichzeitig bilden regionale Themen einen weiteren möglichen Bezugspunkt für Schüler*innen. Hierbei sind Kooperationsveranstaltungen der Juso-Schüler*innengruppe mit Unterbezirken und Kreisverbänden denkbar. Da jedoch offene Fragen nach weiteren Möglichkeiten zur Gewinnung von Juso-Schülerinnen bleiben, wollen wir im nächsten Jahr gemeinsam mit der Juso-SchülerInnen-Gruppe ein anwendbares Konzept entwickeln, um unsere Anstrengung in diesem Bereich konkreter zu gestalten.

4. So wirken wir. Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

a) Pressearbeit & Aktionsbündnisse

Die aktuelle Pressearbeit zeichnet sich durch schnelle Reaktion, kurze Abstimmungswege und hohe Qualität aus. Es ist unser Anspruch diese Arbeit fortzusetzen. Steter Diskussionspunkt ist dabei die strategische Ausrichtung der Pressearbeit. Unser Fokus liegt ganz klar auf den eigenen Juso-Beschlüssen. Wir verstehen uns als kritischer Stachel innerhalb der SPD, der aneckt und Themen

setzt. Deshalb ist es unsere Aufgabe auch die eigene Partei stets an ihre Verpflichtungen zu erinnern. Gleichzeitig ist es uns wichtig, in erster Linie das konservative Weltbild herauszufordern und neue progressive Wege in der Politik auszumachen. Klar bleibt für uns natürlich auch eine kritische Begleitung aller rechtspopulistischen Gruppen und Parteien. Eine Gegenöffentlichkeit ist gerade in diesen Belangen wichtig. Deswegen werden wir uns auch weiterhin an Demo- und Gegendemo-Aufrufen beteiligen, die sich mit unseren Beschlüssen wesentlich vereinbaren lassen, und unsere Mitglieder dazu ermutigen, sich selbst bei Bündnissen und Netzwerken mit einzubringen.

In den vergangenen Monaten gelang es verstärkt Pressemeldungen gemeinsam mit anderen Landesarbeitsgemeinschaften herauszugeben. Diese Bemühungen sollen bei Querschnittsthemen intensiviert werden.

b) Website & Social Media

In den vergangenen Jahren haben wir kontinuierlich an unseren Auftritten im Internet gearbeitet. Der Fokus lag im Social-Media-Bereich auf bebilderten Statements. Hier konnten wir eine hohe Qualität zeigen, die es zu halten und auszubauen gilt. Problematisch ist vor allem der Fakt, dass das notwendige Wissen, aber in erster Linie die notwendige Software nur wenigen Personen zur Verfügung steht. Hier gilt es neue Lösungen zu suchen, die auch den Unterbezirken Bilderaktionen ermöglichen.

Einfachere Aktionen, wie die Fotoaktionen zur Europawahl oder zu Gleichstellung zwischen Internationalem Frauentag und Equal-Pay-Day wollen wir verstärkt mit den Unterbezirken und Kreisverbänden angehen. Es zeigt sich, dass die Resonanz darauf auch bei Twitter sehr hoch ist.

Facebook und Twitter sind pflegeintensiv. Die Last der steten Aktualität ist daher auch weiterhin auf möglichst alle Personen im Landesvorstand zu verteilen. Das gilt auch und besonders für die Auseinandersetzung mit Trollen und Menschen, die rechtspopulistisches oder diskriminierendes Gedankengut auf unseren Seiten verbreiten. Hier bleibt es unser Anspruch rasch zu reagieren.

Unsere Website ist ständigen Aktualisierungen unterzogen. Das liegt auch am Blog, den wir weiterhin als Sprachrohr für den gesamten Verband etablieren wollen. Auf der Website wollen wir weiterhin Pressemeldungen, Grundsatzpositionen, Beschlüsse, Fotos, Jahresplanung und besondere Aktionen verbreiten. Hier ist es weiter anzustreben, dass möglichst viele in der Lage sind, Inhalte auf die Website zu stellen. Die Website ist unsere Visitenkarte im Netz und soll auch Interessierte ansprechen. Es ist daher zu beraten, wie noch einfacher grundlegende Positionen zugänglich und leicht verständlich präsentiert werden können. In diesem Zusammenhang wird der Landesvorstand auch die Vertonung einzelner Artikel etc. prüfen.

In der Vergangenheit wurde zudem angeregt, Bilder von Juso-Veranstaltungen auf die Website einzubinden. Hier gilt es verschiedene Probleme, wie etwa die Persönlichkeitsrechte zu wahren. Der Landesvorstand wird die Idee mit Hinblick auf diese Probleme diskutieren.

5. Hoch die Internationale Solidarität! Unsere internationale Arbeit

Ein wichtiger Bestandteil unserer Aktivitäten im Landesverband war und ist unsere internationale Arbeit, die oft gemeinsam mit unseren Partner/innenorganisationen stattgefunden hat.

Auch in Zukunft wollen wir für unsere Mitglieder mindestens einmal im Jahr eine europapolitische Fahrt nach Brüssel anbieten. Dabei legen wir den Fokus auf einen konkreten Themenkomplex, der entweder Bestandteil unseres Themenjahres oder uns als Jusos anderweitig sehr bedeutsam ist. In der Vergangenheit wurden diese Fahrten in Zusammenarbeit mit Constanze Krehl umgesetzt. Unser Ziel ist es diese Kooperation fortzuführen.

Auch die Situation im Nahen Osten ist für uns Jusos bedeutsam. In der Vergangenheit waren wir, gemeinsam mit anderen Landesverbänden, an Austauschprogrammen mit israelischen Genoss*innen beteiligt. Diese Arbeit möchten wir fortsetzen. Im Dezember werden wir eine israelische Delegation zu Gast haben. Perspektivisch wollen wir auch wieder einigen Mitgliedern die Reise nach Israel ermöglichen. Dabei ist für uns weiterhin der Grundsatz der doppelten Solidarität leitend.

In der Vergangenheit gab es enge Kontakte mit unseren tschechischen Genoss*innen der MSD, aus denen zum Beispiel eine Prag-Fahrt der Jusos Sachsen entstand. Während der letzten zwei Jahre ist dieser Kontakt etwas schwächer geworden. Anspruch des neuen Juso-Landesvorstands wird es sein, auf eine Wiederherstellung der guten Beziehungen hinzuwirken.

6. Wir sind nicht allein: Partner/innen(organisationen) & Bundesverband

a) Partner/innen(organisationen)

Wichtige Partner/innen im Umfeld der Jusos sind die Falken, das NDC, das Wehner-Werk, die FES und die Gewerkschaften. Gerade wenn sich personelle Überschneidungen ergeben, werden wir auch weiterhin bemüht sein Termindopplungen zu vermeiden und Synergien bei Veranstaltungen zu suchen. Wir pflegen zudem den Austausch mit Netzwerken und Bündnissen, welche sich zivilgesellschaftlich im Rahmen unserer Grundwerte bewegen und unterstützen diese

bei ihrem Engagement. Wir werden uns auch zukünftig solidarisch mit ihnen verhalten und zur Teilnahme an Demonstrationen, Kundgebungen oder anderen öffentlichen Willensbekundungen aufrufen. Wenn die Situation weitergehendere Hilfe ermöglicht, werden wir diese auch weiterhin anbieten.

b) Vernetzung mit anderen Landesverbänden & Juso-Bundesverband

In den vergangenen Jahren konnten sich die Jusos Sachsen im Bundesverband aktiv einbringen. Es ist unser Anspruch auch in Zukunft diese relevante Rolle zu spielen. Dabei geht es uns aber nicht nur um die personelle Vertretung im Bundesvorstand, sondern auch um die Aktivität in den Perspektivprojekten. Hier muss an einer Verstetigung und besseren Rückkopplung in den Verband gearbeitet werden. Bloße Berichte reichen nicht aus, um der Mitgliedschaft zu vermitteln, welche Themen im Bundesverband aktuell diskutiert werden. Der Landesvorstand sieht hier auch die Vertreter/innen in den Projekten in der Pflicht und wird sich im Dialog mit diesen eine neue Kommunikationsform überlegen.

Neben diesen Projekten gibt es noch eine Vielzahl weiterer Angebote der Bundesebene. Der Informationsfluss soll auch weiterhin durch die Weiterleitung der entsprechenden Einladungen sicher gestellt werden. Vom Landesvorstand wird die aktive Teilnahme an diesen Veranstaltungen unterstützt. Terminkollisionen sind daher zu vermeiden.

Der Landesvorstand hat zudem auch weiterhin die Aufgabe, nicht nur in Vorbereitung des Bundeskongresses, sondern auch darüber hinaus eng mit den anderen Landesverbänden zusammen zu arbeiten. Hierbei stehen natürlich die Traditionsverbände im Fokus. Gemeinsame Projekte wie der Israel-Austausch sind deswegen zu pflegen.

c) Andere Parteijugenden

Unsere Perspektive für Sachsen ist r2g. Den Austausch mit anderen Parteijugenden zu suchen, ist daher naheliegend. In den letzten Jahren fand der Austausch vor allem innerhalb der Unterbezirke oder auf Basis von konkreten Projekten statt. Der Landesvorstand wird im Rahmen der Klausurtagung diskutieren, welche möglichen Verstetigungsformen es gibt und wie diese mit Leben erfüllt werden können.

7. Wirken in der SPD Sachsen & Begleitung der Regierungskoalition

Die Koalitionsverhandlungen und der vorausgegangene Wahlkampf waren für den Juso-Landesvorstand und den gesamten Verband eine ereignisreiche und sehr fordernde Zeit. Im Oktober haben wir uns am Ende dieses Prozesses mit dem Koalitionsvertrag befasst. Wir waren uns in weiten Teilen einig: Viel Gutes ist dort fest geschrieben, aber wir wollen noch mehr. Unser Sachsen für morgen sieht noch progressiver, noch offener und noch bunter aus. Es gibt viele grundlegende

Unterschiede zwischen dem konservativen Weltbild, wie es die CDU in Sachsen vertritt, und unserem. Zu nennen sind hier in erster Linie die Themenfelder Asyl, Bildung und Hochschule, Familie, aber auch Frauen, Umwelt und demokratische Kultur.

Gerade in Zeiten der Regierungsbeteiligung braucht die SPD einen SPD-Landesverband, der sich kritisch mit dem Handeln der Regierung befasst, Unterschiede zur CDU hervorhebt und die eigene Fraktion sowie die Minister/innen fordert. Wir Jusos sehen uns als aktive und tragende Säule in diesem Diskurs. Deswegen wollen wir auch weiterhin aktiver Teil des SPD-Landesvorstandes sein, diesen aber auch mit einem eigenem Personalangebot und Initiativen zu mehr Aktivität verhelfen.

Im Mittelpunkt der Arbeit des SPD-Landesverbandes muss die Weiterentwicklung der SPD-Beschlusslagen stehen. Unsere Beschlüsse und Grundwerte sind leitend für die zukünftige Arbeit und damit zukünftige Wahlen. Für uns Jusos bleibt es daher weiter wichtig, unsere Anträge auf den Landesparteitagen zur Diskussion zu stellen. Leitend für unsere Aktivität ist die Juso-Doppelstrategie. Mit einem Fuss stehen wir als eigenständiger Jugendverband zwischen all den jungen Menschen, die ihre Ideen und Fragen in Initiativen, Vereinen und bei uns formulieren. Mit dem anderen Fuss stehen wir fest in der Partei. Hier gilt es unsere entwickelten Ideen zur Diskussion zu stellen und auf dem politischen Weg Wirklichkeit werden zu lassen.

Unser Ziel ist unsere Beschlüsse in die Tat umsetzen zu können. Deswegen begrüßen wir die Fortschritte, die im Koalitionsvertrag gerade im Bereich Asyl vereinbart wurden. Trotzdem ist die Liste an weiteren Forderungen lang. Die Variante 'Juniorpartner der CDU' kann daher stets nur Übergangslösung sein, um in relevanten Themenbereichen endlich frischen Wind zu bringen und dringend Notwendiges anzugehen. Langfristig kann es nur um eine Mehrheit jenseits der CDU gehen. Eine R2G-Koalition mit einer möglichst starken SPD bleibt für uns das Arbeitsziel. Für diese Position wollen wir im Landesverband streiten.

Um den SPD-Landesverband zu stärken wollen wir uns zudem für eine Neumitgliederkampagne einsetzen, die beginnend 2016 ihren Fokus auf (junge) Frauen richtet. Wer die menschliche Gesellschaft will, der muss die männliche überwinden. Diesen Leitsatz müssen wir auch in der Partei umsetzen, indem mehr (junge) Frauen für die Mitarbeit gewonnen und aktiviert werden. Dabei ist es uns besonders wichtig die Kampagne mit festen Zielvorgaben auszustatten, um eine anschließende Dokumentation und Evaluation vornehmen zu können. Bei der Entwicklung sollten alle Interessierten sowie die Arbeitsgemeinschaften eingebunden werden. Die Entwicklung der Kampagne sollte an den SPD-Landesvorstand angebunden sein. Unsere Vertreter/innen dort sollen die Kampagne an den Juso-Landesvorstand rückkoppeln.

8. Vor der Wahl ist ... Bundestagswahlkampf 2017

Auch wenn der Fokus der Jusos Sachsen klar auf landespolitischen Themen liegt, so ist es doch auch unsere Aufgabe den Bundestagswahlkampf in Sachsen zu begleiten. Der Landesvorstand wird sich daher um eine aktive Einbindung in die noch zu planende Kampagne der Bundesjusos bemühen. Hier ist vor allem an Juso-Pakete mit entsprechenden Materialien für den Jugendwahlkampf, aber auch an personelle Unterstützung im Rahmen einer möglichen Bustour etc. zu denken. Um den Verbandszielen gerecht zu werden, ist es unser Anspruch möglichst viele (junge) Frauen auf vorderen Listenplätzen zu platzieren. Generell gilt unsere Unterstützung in erster Linie den Kandidat/innen, die in der Vergangenheit einen engen Draht zu den Jusos gepflegt haben. Auch im Bundestag wollen wir unsere Themen und Forderungen platziert wissen. Deswegen knüpfen wir unsere Unterstützung stets an thematische Nähe und einen guten Informationsfluss.

1

Leitantrag L2

„Lebendige Partei – gerade in Regierungszeiten“

Antragsteller*in: Juso-Landesvorstand

Weiterleitungen: Landesparteitag der SPD Sachsen

Die SPD-Mitglieder haben mit großer Mehrheit für den Koalitionsvertrag zwischen SPD und CDU gestimmt. Damit ist die Aufgabe für unsere SPD-Fraktion und SPD-Minister*innen im Sächsischen Landtag klar. Sie müssen die Vereinbarungen, Prüfaufträge und Gesetzesvorhaben mit Leben füllen. Schließlich wollen wir zeigen, dass eine Regierung unter SPD-Beteiligung in jedem Fall besser ist, als eine SPD in der Opposition. Viele Pflöcke konnten so schon eingeschlagen werden. Der neue Doppelhaushalt stärkt die Themen und Projekte, die den sächsischen Sozialdemokrat*innen wichtig sind.

Neben der Freude über die Erfolge gilt es aber auch weiterhin zu betonen, in welchen Bereichen SPD und CDU Grundlegendes trennt. Zu nennen sind hier in erster Linie die Themenbereiche Asyl & Willkommenskultur sowie Familien- und Frauenpolitik, aber auch der große Komplex der demokratischen Kultur oder das Verständnis von Bildung. Eine grundlegender Politikwechsel ist in Sachsen nur möglich, wenn wir noch mehr sozialdemokratische Ideen platzieren und umsetzen können. Wir sind überzeugt: Die SPD kann weit mehr als die Juniorpartnerin sein. Wir haben Gestaltungsideen und -kraft. Unser Sachsen für morgen ist noch lange nicht erreicht.

Wir sind überzeugt, dass die SPD Sachsen gerade in Zeiten der Regierungsbeteiligung eine aktive Basis und einen lebendigen Diskurs über gesellschaftspolitische Grundfragen braucht. Welche neuen Themen und Herausforderungen liegen vor uns? Wo können wir zufrieden sein und wo müssen wir weiter kämpfen? Welche Positionen müssen wir überdenken und welche verstärkt in die Öffentlichkeit tragen? Wie gewinnen wir an Struktur? Welche Wege gibt es in der sächsischen Fläche? All das sind Fragen, die ein aktiver Landesverband diskutieren kann und sollte.

Besonders die geringe Mitgliederbasis unseres Landesverbands ist ein Problem. Kein anderer SPD-Landesverband hat bezogen auf die Bevölkerung einen so geringen Organisationsgrad. Dies spüren wir an vielen Stellen: In zahlreichen sächsischen Gemeinden treten wir bei Kommunalwahlen überhaupt nicht an, in vielen anderen nur mit recht übersichtlichen Listen. Ortsvereine umfassen teilweise riesige Flächen, wobei dem zugleich oftmals nur sehr bescheidene Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen gegenüberstehen. Einzelne Parteimitglieder sind mit einer Vielzahl an parallel ausgeführten Funktionen und Mandaten zeitlich extrem beansprucht. Daher muss die Gewinnung von Neumitgliedern für unseren

Landesverband oberste Priorität haben, um unsere Partei auch wirklich nachhaltig spürbar zu stärken.

Gerade die Einbindung vieler engagierter Menschen auf allen Ebenen ist Grundstock für zukünftige Erfolge. Überzeugte Sozialdemokrat*innen können unsere Ideen und Erfolge weiter tragen und helfen Neues zu entwickeln.

Daher fordern wir:

- Als geeignetes Mittel, um an prominenter Stelle bundespolitische Themen zu bearbeiten, fordern wir die Einrichtung eines Arbeitskreises Bundespolitik. In diesem sollen interessierte Mitglieder insbesondere mit unseren Bundestagsabgeordneten zusammenkommen. Das bringt mehrere Vorteile: Es wird eine breitere Beteiligung der Partei an bundespolitischen Themen sowie ein Wissenstransfer ermöglicht. Dies würde das informierte Wirken in politischen Debatten, die in den allermeisten Fällen bundespolitischer Natur sind, erheblich unterstützen, aber auch Neumitgliedern eine schnelle und unkomplizierte Anlaufstelle geben.
- Eine **Neumitgliederkampagne** für das Jahr 2016, um noch mehr aktive Menschen für die Parteiarbeit zu begeistern. Dabei ist es uns wichtig, konkrete Ziele zu vereinbaren und vorab zu definieren, wie die gewonnenen Neumitglieder eingebunden werden können. Der Fokus sollte zudem auf der Gewinnung (junger) Frauen liegen. Bei der Entwicklung der Kampagnen sollten die Arbeitsgemeinschaften eingebunden werden.
- Eine Diskussion mit anschließender Konzepterarbeitung zu den **Strukturen in der Fläche**. Hierbei ist es uns wichtig, jenseits von Wahlkämpfen zu überlegen, wie man in den Regionen idealerweise präsent sein sollte. Dabei geht es uns nicht nur um Büros, sondern auch um Vernetzung und potenzielle Kandidat*innen. Für uns ist klar: Wir müssen kommunal Fuß fassen, um langfristig Wahlen zu gewinnen.
- Die Einrichtung einer **Grundwertekommission** oder -arbeitsgruppe der SPD Sachsen, um den parteiinternen Kompass zu stärken. Gerade in schnelllebigen Zeiten wird es immer notwendiger, den sozialdemokratischen Kern zu diskutieren. Was bedeuten unsere Grundwerte für uns und unsere Beschlusslagen im 21. Jahrhundert?
- Die **Vereinbarung klarerer Zuständigkeiten im Landesvorstand der SPD Sachsen**, um die Ansprechbarkeit transparenter zu gestalten. Uns sind klare Ansprechpartner*innen wichtig, da sie die Kommunikation und Zusammenarbeit erleichtern. Hier kann das Gleichstellungsteam des Landesvorstandes als gutes Beispiel dienen.

- **Arbeitskreise und Arbeitsgemeinschaften** sind der Quell inhaltlicher Arbeit. Wir begrüßen Arbeitskreise wie den AK Energie. Deshalb würden wir uns wünschen, dass in Zukunft verstärkt inhaltliche Themen in Arbeitsgruppen von Partei oder Landtagsfraktion diskutiert werden. Dabei ist es wichtig, dass alle Mitglieder Zugang zu den schon bestehenden Gruppen haben.

- **Mitgliedschaft in der Partei** sollte für die Mitglieder einen Wert haben und ihre Stimmen sollten gehört werden. Deswegen begrüßen wir es, dass die SPD Sachsen verstärkt ihre Mitglieder zu grundlegenden Entscheidungen wie der Schuldenbremse oder dem Koalitionsvertrag befragt. Vollversammlungen in Sachen Kandidat*innenkür gehören für uns genauso zur innerparteilichen Demokratie wie transparente Strukturen bei Arbeitskreisen etc.

1

Leitantrag L1

Grundwerteprogramm der Jusos Sachsen Antragsteller*in: Juso-Landesvorstand

Präambel

Die SPD ist eine Partei, die auf Werten basiert. Freiheit, Gleichheit, Solidarität - diesen Werten fühlen auch wir uns verbunden. Als eigenständiger Jugendverband haben wir aber auch eigene inhaltliche Leitlinien gezogen. Die Worte 'sozialistisch', 'internationalistisch' und 'feministisch' bilden unseren Dreiklang, an dem sich unsere Beschlusslagen und unser Handeln orientieren. Es sind große Begriffe mit tiefer Geschichte. Deswegen fühlen wir die Notwendigkeit, jenseits von grundlegenden Beschlusspunkten zusammenzutragen, was wir im 21. Jahrhundert unter diesem Dreiklang verstehen. Unser Grundwerteprogramm beschreibt das Fundament und die Zielstellung unserer Arbeit.

I. Sozialismus

Wir Jusos sind ein sozialistischer, internationalistischer und feministischer Verband. Ziel unseres Engagements ist eine Gesellschaft der Freien und Gleichen, in der demokratisch legitimierte Macht kein Selbstzweck ist, sondern Mittel zur Verwirklichung derselben. Diese Gesellschaft ist freiheitlich und demokratisch organisiert.

Demokratie bedeutet für uns die Möglichkeit der Beteiligung aller an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen. Gegenwärtig bestehen diese Möglichkeiten nur eingeschränkt. Das Wahlrecht, das diese Beteiligung ermöglichen soll, schließt in seiner aktuell ausgestalteten Form große Teile unserer Gesellschaft aus.

Freiheit bemisst sich nicht nur individuell, sondern auch an der Freiheit der Gesamtgesellschaft. Viele Bedürfnisse können nur gemeinsam befriedigt werden, sodass zu Unrecht oftmals von einer Einschränkung der individuellen Freiheit gesprochen wird. Zugleich ist uns bewusst, dass unsere momentane Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung den Menschen Zwänge auferlegt und Freiheiten nimmt. Eine Gesellschaft in unserem Sinne führt so auch zur Stärkung der individuellen Freiheit. Auch in einer solchen Gesellschaft muss es einen steten Aushandlungsprozess geben. Diesen Prozess und das Ideal der Gesellschaft der Freien und Gleichen bezeichnen wir als demokratischen Sozialismus. Die Keimzellen dieses Prozesses sind vielfältig. Besondere Verantwortung kommt hierbei jedem einzelnen Mitglied der Gesellschaft zu. Parteien, Verbände, Gewerkschaften, Vereine und andere Akteur*innen der Zivilgesellschaft sind Organisationsformen dieser Beteiligung.

Das bestehende privatkapitalistische System krankt vor allem an seiner Wirtschaftsordnung. Eigentum, Einfluss und Entscheidungsmacht sind in nur wenigen Händen konzentriert. Dies steht der persönlichen und damit auch der gesellschaftlichen Emanzipation entgegen.

Wir streben eine andere Wirtschaftsordnung an, die sich an dem Ideal der Auflösung des Widerspruchs zwischen Kapital und Arbeit orientiert und auf den Schutz aller natürlichen und menschlichen Ressourcen hinwirkt. Der Widerspruch zwischen Arbeit und Kapital besteht darin, dass die Besitzer*innen des Kapitals und der Produktionsmittel nicht diejenigen sind die damit arbeiten. So bekommen die Arbeiter*innen nur Teil des von ihnen geschaffenen Werts in Form von Lohn zurück, während der Rest bei den Besitzer*innen des Kapitals verbleibt. Die Schaffung von Räumen für gemeinschaftliche Wirtschaftsformen ist Ausdruck dieses Ideals. Grundlage für die neue Wirtschaftsordnung ist die ausgeglichene Verteilung von Kapital. Dafür ist Umverteilung unerlässlich.

II. Internationalismus

Wir Jusos Sachsen bekennen uns zum Internationalismus. Dies ist ein Bekenntnis für den Einsatz für ein friedliches Miteinander auf der Grundlage von universellen und unveräußerlichen Menschenrechten. Jene universellen Rechte bilden im Zusammenspiel mit unseren Leitwerten Freiheit, Gleichheit und Solidarität das Fundament für ein friedliches, menschenwürdiges Zusammenleben in einer demokratisch und rechtsstaatlich verfassten Gesellschaft.

Aufgrund der zunehmenden Vernetzung von Akteur*innen auf allen Ebenen setzt eine erfolgreiche internationale und nationale Politik stets die friedliche Zusammenarbeit zwischen Repräsentant*innen souveräner Staaten voraus. Für uns ist das respektvolle Zusammenkommen derer Vertreter*innen durch internationale Plattformen wie der UNO ein essentieller Beitrag zur Bewältigung der Herausforderungen und Krisen unseres Jahrhunderts. Gesprächspartner*innen auf dieser Bühne sollen allerdings nicht nur Politiker*innen sondern auch zivilgesellschaftliche Akteur*innen, darunter Interessenvertreter*innen wie Gewerkschaften, Vereine, Bürger*inneninitiativen sein. Sie sind wichtige Partner*innen der Politik sowohl bei der Entwicklung als auch bei der Implementation von Strategien. Allerdings müssen nicht alle Verantwortlichkeiten und Kompetenzen aus Gründen der Effektivität und Transparenz international bearbeitet werden. Vielmehr sollten Probleme prinzipiell zuerst dort angegangen werden, wo sie entstehen.

Abgeleitet aus unseren Leitsätzen ist sozialdemokratische und sozialistische Außenpolitik mit eine Vielzahl aktueller Herausforderungen konfrontiert:

1. Der Einsatz für Menschenrechte, Frieden und Stabilität ist für uns, Jusos Sachsen, die Grundlage für das Streben nach demokratischen, sozialen, humanitären und ökologischen Zielen. Wir fordern daher den Einsatz aller Mittel für

die Deeskalation bereits bestehender Konflikte und präventive Krisenbewältigung.

2. Die Umsetzung und der Ausbau von wesentlichen Arbeits- und Sozialstandards, die etwa in den Resolutionen der ILO niedergeschrieben sind, sind ein Kernanliegen der Jusos Sachsen. Ebenso sprechen wir uns für eine gerechtere Einkommensverteilung in der Welt und die Verwirklichung des demokratischen Sozialismus weltweit aus.

3. Globale Strukturen müssen global bekämpft werden. Deswegen treten wir einerseits für die Verstärkung der Zusammenarbeit der internationalen Arbeiter*innenschaft und andererseits für die Überwindung eines ausschließlich nationalen Bewusstseins ein. Nur so kann langfristig der Weg hin zu einer gerechteren, sozialeren und nachhaltigen Wirtschafts- und Weltordnung beschritten werden. Darunter zählt ebenso eine gemeinsame Energie- und Klimapolitik wie die solidarische Bekämpfung von Seuchen, Umweltkatastrophen und humanitären Notständen.

4. Das Eintreten für eine offen, tolerante Gesellschaft, interkultureller Austausch sowie eine humanitäre Migrations- und Asylpolitik gehen für uns Hand in Hand mit dieser internationalen Solidarisierung. Wir verurteilen daher jegliche Diskriminierung von Menschen aufgrund ihres Geschlechts, ihrer Herkunft, Hautfarbe und Religion und zeigen uns deshalb solidarisch mit allen Aktivist*innen, die sich für die Verwirklichung unserer Visionen in der Welt einsetzen.

Unsere Solidarität gilt den Menschen und nicht einer Regierung!

III. Feminismus

A. Das Private ist politisch.

Gesellschaftliche Strukturen der Diskriminierung zu überwinden erfordert neben der Anwendung einzelner Instrumente vor allem die Stärkung ganzer Gruppen, die momentan nicht volle gesellschaftliche Akzeptanz und gelebte Gleichheit erfahren. Wir Jusos streiten für eine Gesellschaft ohne Diskriminierung.

Die tradierte Gesellschaft hat einen Mann als Bestimmer hervorgebracht, was sich auf alle Ebenen unserer Gesellschaft ausgewirkt hat und weiterhin auswirkt. Deswegen ist der Feminismus ein zentrales Element unseres Engagements. Mittlerweile ist es zumindest in unserem Umfeld selbstverständlich, dass Menschen unabhängig ihres Geschlechts betrachtet werden und Stereotype, auch die gegenüber Männern, abgelehnt werden. Trotzdem sind die althergebrachten Rollenbilder nicht überwunden. Fehlendes Wissen sowie unterdrückte Selbsterfahrung führen zu Ausgrenzung, Konflikten und falscher Selbstwahrnehmung. Sexuelle Gewalt und sexuelle Unterdrückung sind weiterhin tief in der Gesellschaft verankert, vor allem in Formen, die man nicht einfach mit Gesetzen beilegen kann. Ein Prozess des Umdenkens ist nötig. Dazu bedarf es einer ausführlichen Aufklärung und sexuellen Erziehung, vor allem jedoch eines

Umdenkens in der Gesellschaft, die uns von tradierter Unterdrückung unabhängig macht und sie überwindet.

Sexualerziehung ist ein Baustein zur Selbsterfahrung, auch der sexuellen. Es muss die Möglichkeit geben, wissenschaftlich richtig, offen und enttabuisiert sexuelle Erziehung zu betreiben. Geschieht dies nicht, und Schule und Familie ziehen sich bei diesem Thema nach wie vor zurück, verfestigen sich Rollenbilder und Vorurteile und damit die Unterdrückung und Ausgrenzung.

Doch schafft es eine Gesellschaft, die Selbstbestimmung, auch der sexuellen, der Menschen zu fördern, dann stärkt dies auch die Eigenwahrnehmung und damit Selbstsicherheit. Die natürliche Rolle der Frau ist nicht die der „Managerin eines kleinen Familienbetriebs“, sondern die eines Individuums, das ein Recht darauf hat, ihre Rolle selbstständig bestimmen zu können.

Die eigene Identität selbst finden zu können ist wichtig. Auch wenn daraus unkonventionelle Lebensmodelle entstehen, so sind diese doch selbstgewählt und daher eher in der Lage, den Weg in ein glückliches Leben zu bereiten. Explizit wird dazu auch die Reflexion des eigenen Genders nötig sein, wie auch die Wahrnehmung der eigenen Lust, des Verlangens und der Wünsche. So gehört auch der Körper jedem Menschen selbst. Es gibt das Recht einer jeden Person auf individuelle Selbstbestimmung, Selbstentfaltung und Unversehrtheit.

Menschen so zu erziehen, dass sie selbstbewusster leben können, soll sie insbesondere in der zwischenmenschlichen Interaktion stärken. Heute ist diese oft geprägt von Pseudo-Toleranz und -Akzeptanz. Diskriminierung findet jedoch noch immer v.a. unterschwellig statt und oft ohne dass die diskriminierende Person sich deren Wirkung bewusst ist. Richtig ist jedoch, dass die Definitionsmacht der Unterdrückung und Stigmatisierung bei den Betroffenen liegt und nicht bei den Tätern die es vielleicht "gar nicht so gemeint" haben. Eine Gesellschaft muss daher Unterdrückung aus dem Blick des Unterdrückten definieren und nicht aus der Sicht des Normativen.

In der zwischenmenschlichen Kommunikation werden gefühlte Machtverhältnisse ausgelebt. Nicht nur Rassismen und klare Ablehnung sind Probleme unserer Gesellschaft. Auch das Schubladendenken bzw. die Stigmatisierung beeinflussen unser Miteinander. Eine Gesellschaft ist erst dann eine freie, wenn Männer zu Männern nicht anders sprechen als zu Frauen, wenn ihnen nicht andere Aufgaben übertragen werden, ihres Geschlechtes oder eines anderen Stigmatas wegen.

B. Die Hilfe des Anderen bin ich.

Wie schon die Arbeiter*innenbewegung erkannte, kann es keine individuelle Verbesserung ohne Verbündete geben. "Proletarier aller Länder vereinigt euch" muss in abgewandelter Form auch im Feminismus gelten, denn nur durch gemeinsame Anstrengungen lässt sich das heteronormative Patriarchat überwinden.

Für viele Unterdrückungen gilt es den Klassenkampf zu reaktivieren. Gefühlte Minderheiten müssen ihre faktische Mehrheit beweisen und Deutungshoheit erlangen. Feminismus ist ein globaler Begriff mit regionaler Auslegung. Überall herrschen andere Formen der Unterdrückung, die nur bestimmte Gruppen betreffen. Trotzdem müssen all diese Gruppen zusammenstehen. Wir müssen die Probleme begreifen, die hinter unserem eigenen Tellerrand liegen und uns solidarisch zeigen, indem wir aktiv den Kampf unterstützen, der Menschen aus Unterdrückung befreit.

Wir Jusos bekennen uns zu einem globalen Feminismus, der sich dem Kampf gegen das Leitbild des weißen heterosexuellen Macho-Mannes verschreibt und lehnen jede Form der Stigmatisierung ab. Wer die menschliche Gesellschaft will, muss die männliche überwinden.

1

Antrag I8

„Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge – besonderer Schutz, besondere Verantwortung“

Antragsteller*in: Stadtverband Leipzig

Weiterleitungen: Bundeskongress der Jusos, Landesparteitag der SPD Sachsen

Der Umgang mit in Deutschland ankommenden sogenannten Unbegleiteten Minderjährigen Flüchtlingen (UMF) widerspricht den Regelungen und Schutzvereinbarungen der UN-Kinderrechtskonvention.

Von Aufnahme über Unterbringung und Betreuung ist die Situation von Flüchtlingskindern und -jugendlichen desaströs und bedarf dringender Veränderung und gezielter politischer Maßnahmen zur Verbesserung.

Daher fordern wir Jusos endlich eine kindeswohlorientierte Praxis im Umgang mit den minderjährigen Flüchtlingen hinsichtlich der folgenden Kriterien:

Aufnahme und Registrierung

Unter-16-Jährige werden meist in einer Jugendhilfeeinrichtung untergebracht und erhalten einen Vormund. In vielen Bundesländern durchlaufen sie ein sogenanntes "Clearingverfahren", in Sachsen hingegen finden diese bisher aufgrund zu geringer Kapazitäten nicht statt. Dabei soll geklärt werden, welche Fluchtgründe vorliegen, wo noch Angehörige sind und welche Perspektive es in Deutschland gibt.

Hier besteht aus Sicht der Jusos die dringende Notwendigkeit entsprechende beschleunigte Aufnahmeverfahren für minderjährige Flüchtlinge getrennt von allgemeinen Aufnahmestellen einzurichten. Die Feststellung des Alters der Flüchtlinge muss unter behördlicher Kontrolle im Sinne des Kindeswohls auf Basis psychologischer Gespräche erfolgen – Untersuchungen der Geschlechtsorgane, wie beispielsweise in Hamburg, müssen als Praxis zur Altersfeststellung bundesweit verboten werden.

Unterbringung

Die derzeitige Unterbringung, Betreuung und Begleitung von UMF ist aus Sicht der Jusos insbesondere für die 16- bis 18-Jährigen untragbar. Hier verstößt das Deutsche Asylrecht grundlegend gegen die UN-Kinderrechtskonvention!

Daher fordern wir Jusos unter 16-Jährige möglichst familiär in kleinen betreuten Wohngruppen oder Pflegefamilien unterzubringen, um den zumeist stark traumatisierten Kindern und Jugendlichen schnellstmöglich ein stabiles und sicheres Umfeld zu bieten, das dem Schutzbedürfnis gerecht wird.

Für die älteren ankommenden Jugendlichen ab 16 muss endlich Schluss sein mit der Praxis, dass sie oftmals über Wochen gemeinsam mit Erwachsenen in den

Erstaufnahmeeinrichtungen verbleiben und anschließend ebenso wie diese in Sammelunterkünften untergebracht werden. Wir Jusos fordern die Einhaltung der seit 2010 vorbehaltlos ratifizierten UN-Kinderrechtskonvention und daher eine getrennte Unterbringung von Jugendlichen, auch über 16 Jahre, und Erwachsenen. Wir fordern, dass UMF über 16 ebenfalls sofort nach ihrer Ankunft in kleinen betreuten Wohngemeinschaften oder sogar Pflegefamilien untergebracht werden.

Begleitung und Betreuung

UMF bedürfen besonderer Begleitung, Betreuung und besonderem Schutz. Wir Jusos fordern eine umfassende und intensive persönliche gesundheitliche, psychologische und soziale Begleitung der Kinder und Jugendlichen. Dafür braucht es spezialisiertes Personal, das für jedes Kind und jeden Jugendlichen zur Verfügung steht. Die Kindheit und Jugend der UMF ist durch Krieg, Gewalt und Flucht ruckartig unterbrochen worden. Das bedeutet, dass Traumata aufgearbeitet werden müssen und die UMF Unterstützung dabei brauchen, das Erlebte zu ver beziehungsweise aufzuarbeiten.

Wir Jusos fordern daher mehr zu tun als diese Kinder und Jugendliche medizinisch zu versorgen. Die psychische und soziale Begleitung sind als gleichwertig zu betrachten. Auch Flüchtlingskinder haben ein Recht auf Kindheit.

Perspektiven

UMF haben in den meisten Fällen mehrere Jahre in Krieg, Gewalt und auf der Flucht gelebt. Daher ist es aus Sicht der Jusos eine zwingende Notwendigkeit den Kindern und Jugendlichen gemäß ihrer Begabungen und Wünsche unabhängig vom Alter Unterstützung zukommen zu lassen. Das bedeutet auch, dass beispielsweise an Schulen das Lehrpersonal geschult werden muss, dass für UMF andere Zugangs- und Prüfungsvoraussetzungen gelten sowie Klassenstufen über längere Zeiträume erreicht werden können. Perspektiven aufzeigen heißt auch hier eine individuelle Betreuung gewährleisten, die unabhängig von sprachlicher Qualifikation mit dem Kind beziehungsweise Jugendlichen gemeinsam entscheidet, welche Art der Bildung und Ausbildung angestrebt wird. Hier geht es um Mut machen, Chancen erkennen und Förderung!

Rechtliche Regelungen und Finanzen

Wir fordern eine kindeswohlorientierte Praxis. Das bedeutet im Sinne der Kinderrechte, dass gemeinsam mit den Kindern und Jugendlichen entschieden wird, welche Maßnahmen und Angebote genutzt werden. Gleichzeitig bedeutet es jedoch auch, dass Kindern und Jugendlichen besonderer Schutz und besondere Förderung zukommen muss.

Wir Jusos fordern zudem, dass keine Abschiebung von UMF möglich ist. UMF, die während Krieg und Flucht von ihren Familien getrennt wurden oder Waisen sind, müssen uneingeschränkten Aufenthalt bekommen. Dieser dauerhaft garantierte Aufenthalt darf auch mit dem 18. Geburtstag nicht enden! Bisher ist es so, dass UMF nur geduldet werden und ihr Asylverfahren meist erst zum 18. Geburtstag gekoppelt

an bestimmte Kriterien, wie beispielsweise der 6-jährige Schulbesuch, entschieden wird. Diese Praxis widerspricht unserer Forderung nach einem dauerhaft sicherem Umfeld mit einer Zukunftsperspektive in Frieden für die UMF.

Wir fordern, dass die Begleitung und Betreuung von UMF Bundesangelegenheit wird und eine deutliche Finanzierungssteigerung erwirkt wird. Im Bundeshaushalt soll daher ein eigener Titel für die Versorgung der UMF veranschlagt werden, um so Länder und Kommunen zu entlasten sowie eine flächendeckende, einheitliche Finanzierung zu garantieren.

Umdenken in der Verwaltung

Wir fordern ein grundlegendes Umdenken in den Verwaltungsstrukturen von Bund, Ländern und Kommunen. Dazu gehören Weiterbildungsmaßnahmen von Behördenmitarbeiter_innen mit dem Ziel sie für den Umgang mit UMF zu schulen. Ebenso ist es wichtig klare Regelungen zur Beachtung des Kindeswohls in Durchführungsverordnungen und denen für die Ausländerbehörden verbindlichen Verwaltungsvorschriften zu den einschlägigen Gesetzen zu schaffen. Außerdem ist eine kindgerechte personelle und finanziell ausreichende Ausstattung der asyl- und aufenthaltsrechtlichen Verfahrensberatungsstellen unabdingbar

1

Antrag I4**„Unsere Verantwortung ist unser Boot – Asylverfahrensgesetz ändern!“****Antragsteller*in: Unterbezirk Dresden****Weiterleitungen: Landesparteitag der SPD Sachsen zur Weiterleitung an Bundesparteitag**

- Wir sprechen uns für eine Abschaffung der „sicheren Herkunftsstaaten“ im Sinne des § 29a des Asylverfahrensgesetzes aus.
- Wir fordern die schwarz-rote Landes- und Bundesregierung auf, sich im Rahmen möglicher Diskussionen zur Änderung des Asylverfahrensgesetzes gegen die Einstufung weiterer Staaten als „sichere Herkunftsstaaten“ auszusprechen. Zugleich lehnen wir eine automatisierte Einstufung von EU-Beitrittskandidaten als „sichere Herkunftsländer“ ab. Die Möglichkeit oder die Existenz eines Beitrittsverfahrens stellt für uns keine Gewährleistung für die Einhaltung und Umsetzung von Menschenrechten in diesen Ländern dar.

1

Antrag I3**„Anforderungen an ein modernes Einwanderungsgesetz“****Antragsteller*in: Unterbezirk Dresden****Weiterleitungen: Landesparteitag der SPD Sachsen zur Weiterleitung an Bundesparteitag**

Wir begrüßen die von der SPD-Bundestagsfraktion angestoßene Diskussion über ein modernes Einwanderungsgesetz in Deutschland. Die Zusammenführung zahlreicher unterschiedlicher rechtlicher Regelungen und die Schaffung weiterer legaler Zuwanderungswege sind aus unserer Sicht schon lange überfällig. Ein Einwanderungsgesetz könnte hier Klarheit schaffen und erhebliche Verbesserungen mit sich bringen. Allerdings sind bisher nur einige mögliche Eckpunkte bekannt und viele für die Menschen wichtige Details noch gar nicht geklärt. Wir wollen diese Diskussion konstruktiv begleiten, aber zugleich auch einige Anforderungen formulieren, die ein solches Gesetz aus unserer Sicht mitbringen sollte:

- Wir lehnen ein rein nachfrageorientiertes Einwanderungsgesetz ab, das sich ausschließlich am angeblichen ökonomischen Wert eines Menschen orientiert. Es muss Einwanderungschancen für alle Menschen geben. Möglicherweise können Systeme wie z.B. die in den Vereinigten Staaten durchgeführte "Greencard-Lotterie" Ansatzpunkte dafür liefern.
- Das Recht auf Asyl darf im Zug eines modernen Einwanderungsgesetzes nicht weiter angetastet werden. Zuwanderung, die zum Teil ökonomisch begründet wird, darf nicht gegen den Schutz von Flüchtlingen und humanitäre Pflichten ausgespielt werden. Die wirtschaftliche Verwertbarkeit darf bei der Entscheidung über Asyl keine Rolle spielen. Im Rahmen des Asylverfahrens bestehende Barrieren, wie z.B. die nach 15 Monaten entfallende Vorrangprüfung wollen wir abschaffen.
- Bei der "nachfrageorientierten Zuwanderung" wird vielfach die Einrichtung einer Expertenkommission vorgeschlagen, die z.B. die Kriterien für die Erstellung eines Punktekatalogs entwickeln soll. Sofern ein solches Gremium in Betracht gezogen wird, ist für uns klar, dass nicht nur WirtschaftsvertreterInnen, sondern auch Sachverständige aus Wissenschaft, Gewerkschaften, Politik, Verwaltung, gesellschaftlichen Gruppen und selbstverständlich auch MigrantInnenorganisationen beteiligt werden müssen. Ein neues Einwanderungsgesetz muss diskriminierungsfrei ausgestaltet sein und die tatsächlichen beruflichen und sozialen Erfahrungen der EinwanderInnen berücksichtigen.
- Wir sehen den systematischen Abzug von ausgebildeten Fachkräften aus Ländern mit erheblichen eigenen Entwicklungsdefiziten kritisch. Um die Möglichkeit zur zwischenzeitlichen Rückkehr und des wirklichen Wissensaustauschs zu fördern, wollen wir eine Wiederkehr nach Deutschland

ohne Verlust erworbener Rechtspositionen ermöglichen. Zudem soll auch die gegenseitige Anerkennung von Ansprüchen aus den jeweiligen Sozialversicherungen ermöglicht werden.

- Es muss in Zukunft möglich sein, dass z.B. AsylbewerberInnen auch aus ihrem laufenden Verfahren hinaus parallel eine Einwanderung im Sinne des neuen Gesetzes anstreben können. Der Wechsel des aufenthaltsrechtlichen Status muss deutlich vereinfacht werden.
- Die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse ist weiter zu verbessern. Die Möglichkeiten zur partiellen Nachqualifizierung sind bisher nicht ausreichend und die finanzielle Belastungen durch Gebühren im Anerkennungsverfahren deutlich zu hoch und bundesweit uneinheitlich geregelt. Zudem sollte das Angebot berufsbezogener Deutschkurse systematisch ausgebaut werden.
- Zudem wollen wir die Möglichkeiten für junge Menschen verbessern nach Deutschland einzuwandern, um sich hier ausbilden zu lassen. Dafür sollen die Anerkennung von Schulabschlüssen und Möglichkeiten zur Nachqualifikation verbessert werden. Es soll inhaltliche und sprachliche Vorbereitungskurse geben, auch um über die Rechte als Auszubildende*r oder Arbeitnehmer*in aufzuklären. Es soll eine Agentur zur Vermittlung offener Ausbildungsstellen in das Ausland geschaffen werden.
- Im Rahmen der Schaffung eines modernen Einwanderungsgesetzes sollten auch weitere rechtliche Hürden abgebaut werden. So muss z.B. der Familiennachzug vereinfacht werden und die Hürden zur Einbürgerung sollten sinken. Die in der Vergangenheit durch die SPD erreichten Erfolge u.a. bei der gewachsenen Rolle des Geburtsrechts im Staatsangehörigkeitsrecht oder bei der Verleihung der doppelten Staatsbürgerschaft wollen wir weiter ausbauen. Für uns hat zudem die politische Partizipation von EinwanderInnen höchste Priorität. Wir wollen das Wahlrecht z.B. durch die Schaffung eines Kommunalwahlrechts für AusländerInnen (Änderung von Artikel 28, Absatz 1 GG) zugänglicher machen.

1

Antrag I6**„Winterabschiebestopp in Sachsen“****Antragsteller*in: Unterbezirk Dresden****Weiterleitungen: Landesparteitag der SPD Sachsen**

Wir fordern die schwarz-rote Landesregierung auf, in den Wintermonaten einen generellen Abschiebestopp nach § 60a Absatz 1 Aufenthaltsgesetz für bestimmte Länder anzuordnen. Dieser soll vom 1. November bis zum 31. März des darauffolgenden Jahres für Staaten gelten, in denen von Abschiebung Betroffene aufgrund der winterlichen Verhältnisse keine Aufnahme in Sicherheit und Würde erwarten können. Hierbei soll die auf Erkenntnissen der schleswig-holsteinischen Landesregierung basierende Liste (Afghanistan, Albanien, Armenien, Aserbaidschan, Irak, Iran, Kosovo, Mazedonien, Russische Föderation, Serbien, Türkei, Bosnien-Herzegowina, Montenegro, Pakistan, Ukraine) Grundlage sein.

1

Antrag I2**„Wir ziehen´s durch – Cannabis legalisieren!“****Antragsteller*in: Juso-Landesvorstand****Weiterleitungen: Landesparteitag der SPD Sachsen, Bundesparteitag**

Wir setzen uns für die Legalisierung des Konsums sowie des Besitzes und privaten Anbaus von Cannabis und Cannabisprodukten in für den Eigenbedarf üblichen Mengen ein. Darüber hinaus sollen der kommerzielle Anbau, Handel und die Verarbeitung von und mit Cannabis und Cannabisprodukten unter strenger staatlicher Kontrolle legalisiert werden.

Mit der Neuregelung beim Umgang mit Cannabis beenden wir die gescheiterte Verbotspolitik, entziehen dem Schwarzmarkt die Grundlage und entlasten Gerichte und Strafverfolgungsbehörden von unnötigen Verfahren. Wir setzen auf einen eigenverantwortlichen und bewussten Umgang mit Cannabisprodukten und werden durch entsprechende Begleitregelungen einen effektiven Gesundheits-, Verbraucher- und Jugendschutz sicherstellen. Zusätzliche Steuereinnahmen sollen für den Ausbau der Drogenprävention und Suchhilfe verwendet werden. Die medizinische Nutzung von Cannabis wollen wir rechtssicher ausgestalten und allen Patienten unter gleichen Kriterien den Zugang ermöglichen.

Wir fordern die SPD auf, sich auf allen Ebenen für die Legalisierung von Cannabis einzusetzen. Eine entsprechende Initiative soll in die Koalition und den Bundestag eingebracht werden. Das im rot-grünen Koalitionsvertrag in Bremen vereinbarte "Bremer Modell" betrachten wir als vorbildhaft und wollen es bis zu einer bundesgesetzlichen Regelung auf weitere Bundesländer ausdehnen.

1

Antrag I5

„Ey Deutschland du Opfer! – Staatsbeleidigung ist keine Straftat“

Antragsteller*in: Unterbezirk Dresden

Weiterleitungen: Juso Bundeskongress zur Weiterleitung an Bundesparteitag

Die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion sowie die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung werden aufgefordert sich für die ersatzlose Streichung der §§ 90 (Verunglimpfung des Bundespräsidenten), 90a (Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole) und 90b (Verfassungsfeindliche Verunglimpfung von Verfassungsorganen) StGB einzusetzen.

1

Antrag I10

„Anlassunabhängige Recherche – Suche nach volksverhetzenden Postings nicht der Netzgemeinde überlassen“

Antragsteller*in: Unterbezirk Dresden

Weiterleitungen: Landesparteitag der SPD Sachsen

Wir fordern:

- Die Bildung einer Ermittlungseinheit bei der Polizei Sachsen, die Straftaten im Sinne von Volksverhetzung im Internet verfolgt.
- „Anlassunabhängige Recherche“ muss, wie in anderen Bundesländern auch, ein gängiges Mittel der Sächsischen Polizei werden, um volksverhetzende Inhalte und Postings auf öffentlich zugänglichen Seiten im Internet zu identifizieren und juristisch zu verfolgen.
- Die Polizei darf zur Recherche kein mit Selektoren arbeitendes Programm verwenden.

1

1

Antrag I11**„Cui honorem, honorem“****Antragsteller*in: Juso-Hochschulgruppe Dresden
Weiterleitungen:**

Wir stehen zu einem öffentlich-rechtlichen Rundfunk, der Information und Unterhaltung bietet. Dessen unbenommen erwarten wir, dass die Rundfunkräte sich bei den Programmverantwortlichen dafür einsetzen, sich nicht länger an der Inszenierung von Geburts- und Erbautoritäten zu beteiligen.

Konkret beinhaltet dies den Verzicht auf Boulevard-Berichterstattung bei Ereignissen, deren Banalität dem sprichwörtlich umfallenden Reissack chinesischer Prominenz gleichkommt. Dazu gehören Live-Berichte standesdünkelnder Eheschließungen, Jubelpresse zur erfolgreichen Niederkunft, Klatsch und Tratsch aus den Stammbaumkreisläufen des mitteleuropäischen ‚Hochadels‘ und dokumentarische (G)Reisebegleitung beim *Besuch der alten Dame*.

Auch die Finanzierung von sogenannten „Adelsexperten“, also die Inanspruchnahme ideologischer Hofberichterstatter mit der augenscheinlichen Neigung zum ‚Eliten‘-Stalking, entspricht dem Zeitgeist eines ausgehenden 18. Jahrhunderts und steht dem Anspruch einer ‚aufgeklärten‘ Gesellschaft diametral gegenüber.

Diese Huldigung von in- und ausländischen Repräsentanten der antidemokratischen Ständegesellschaft ist mit unseren sozialdemokratischen Grundwerten unvereinbar. Für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gilt es daher, Haltung zu wahren, statt zu knicksen und sich deutlich gegen erbsubventionierte Aushängeschilder ‚spätromischer Dekadenz und leistungslosem Wohlstands‘ zu positionieren.

1

1

1

Antrag C1

„Lasst die Fahnen wehen! Flaggenverordnung ändern“

Antragsteller*in: Stadtverband Leipzig

Weiterleitungen: Landesparteitag der SPD Sachsen & SPD-Fraktion im sächsischen Landtag

Die SPD-Landtagsfraktion wird beauftragt auf die Sächsische Staatsregierung dahingehend einzuwirken, dass die Flaggenverordnung des Freistaates Sachsen so geändert wird, dass Flaggen und Fahnen zu besonderen Anlässen wie dem Christopher-Street-Day vor öffentlichen Gebäuden aufgehangen werden dürfen. Fahnen mit kommerziellen Inhalten sind von dieser Neuregelung auszunehmen.

1

Antrag B3**„Novellierung des Schulgesetzes – Mitwirkungsrechte stärken“****Antragsteller*in: Stadtverband Leipzig****Weiterleitungen: Landesparteitag der SPD Sachsen & SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag**

Die Jusos Sachsen unterstützen die Forderungen des Landesschülerrats (LSR) Sachsen, durch die Novellierung des Sächsischen Schulgesetzes die Mitwirkung der Schülerinnen und Schüler an Schulen im Freistaat zu stärken und allgemein verbindlich zu formulieren. Die entsprechenden Mitwirkungsrechte sollen künftig im Schulgesetz direkt abgebildet werden, anstatt in einer Rechtsverordnung. Über die Forderungen des Landesschülerrats hinausgehend sollen auf kommunaler Ebene verstärkt basisdemokratische Elemente im Wahlsystem etabliert werden und Schüler_innenmitwirkung an Schulen in freier Trägerschaft eine gesetzliche Verankerung finden.

Die angestrebte Erweiterung von Rechten und Aufgaben der Schüler_innenvertretung (im Folgenden SV genannt) muss folgende Punkte enthalten:

- Das Freistellungsrecht:

Alle Schüler_innen der SV müssen für Aktivitäten des Schüler_innenrates der Schule, der Kreis-/StadtSchüler_innenräte und des LSR Sachsen freigestellt werden.

- Das Ausstattungsrecht:

Jede Schüler_innenvertretung hat das Recht, für ihre Arbeit mit ausreichend Materialien, aktueller Technik und einer Räumlichkeit (Büro) ausgestattet zu werden. Im Haushaltsplan der Schule muss dafür ein eigener Posten eingerichtet werden. Der Freistaat soll den Schulen dafür ausreichend Mittel zur Verfügung stellen.

- Die Nachbereitungsaufgaben:

Jede Schüler_innenvertretung wird verpflichtet, transparent und offen zu arbeiten. Im Rahmen dessen soll über Ergebnisse der Sitzungen und der eigenen Tätigkeit berichtet werden.

Die Schulleitung oder die Vertrauenslehrer_innen sind verpflichtet, die Schüler_innenvertretung bei dieser Aufgabe zu unterstützen.

- Das Wahlsystem:

Jede_r Schüler_in einer Schule hat auf Schulebene aktives und passives Wahlrecht für alle Ämter. Als jugendgerechte Form des Wählens wird eine Online-Wahl favorisiert.

Auf Kreis-/Stadtebene und Landesebene soll das Delegiertenprinzip erhalten bleiben. Hierbei ist auf Landesebene die Anzahl der Delegierten an der Schüler_innenzahl zu bemessen.

- Anhörungsrecht des LSR:

Der LSR muss für alle Gesetzesvorlagen und vor dem Erlass von Verordnungen, welche in seinen Aufgabenbereich fallen ein Anhörungsrecht in den entsprechenden Staatsministerien und in den Ausschüssen des Sächsischen Landtags erhalten.

Für die vorstehenden Rechte und Aufgaben bleibt weiterhin die grundlegende Forderung bestehen, dass die Schüler_innenmitwirkung für Schulen in freier Trägerschaft auf allen Ebenen gesetzlich verankert wird.

1

Antrag B1**„Politische Bildung 2.0 für Sachsen: Lebenslanges Lernen für Demokratie und zivilgesellschaftliches Engagement“****Antragsteller*in: Unterbezirk Dresden****Weiterleitungen: Landesparteitag der SPD Sachsen**

Angesichts des Aufkommens von PEGIDA und der Zunahme von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in Sachsen bekräftigen wir den Beschluss der sächsischen SPD von 2013 für eine „Demokratieoffensive Sachsen“. Wir fordern die SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag auf, diesen konsequent umzusetzen.¹

Aktuelle Ereignisse wie auch die allgemeine Entwicklung des gesellschaftlichen Klimas speziell in Sachsen der vergangenen Jahre führen uns vor Augen, dass die politische Bildung im Freistaat grundlegend auf den Prüfstand gestellt werden muss. Es gilt ein Lernkonzept für Demokratie und zivilgesellschaftliches Engagement zu entwickeln und zu implementieren, dass die Persönlichkeitsbildung mit dem Ziel verbindet, die Stabilität und Weiterentwicklung unserer freiheitlich-demokratischen Ordnung zu fördern. Richtungsgebend soll hierbei das pädagogische Modell der Civic Education sein, das darauf zielt, durch lebenslanges soziales und interkulturelles Lernen demokratisches Handeln und Denken einzuüben. Die Schule als alle jungen Menschen erfassende Institution spielt hierbei eine herausragende Rolle. Civic Education muss als gesellschaftliche Allgemeinbildung in allen Bildungsgängen der allgemein- und berufsbildende Schulen sowie der Hochschulen verankert werden.

Der Begriff der „Civic Education“ wird hier in Abgrenzung zum Begriff der „Politischen Bildung“, der vordergründig auf kognitives Lernen abstellt, angewandt. Civic Education bündelt neben den Methoden der politischen Bildung ebenso Konzepte zur Stärkung von Partizipation von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen, der demokratischen Gestaltung des Alltags in pädagogischen Einrichtungen sowie der Förderung von zivilgesellschaftlichem Engagement. Civic Education heißt also auch soziales Lernen. Politische Bildung hingegen beschränkt sich zumeist auf Universitäten und den Unterricht in den Schulen. Diese wird dort aber mehr als reine kognitive Lernaufgabe gefasst und nicht wie in anderen demokratischen Staaten als Erziehungsauftrag aller staatlichen (Bildungs-) Einrichtungen.

Konkret fordern wir:

¹ Vgl. SPD Sachsen: Demokratieoffensive Sachsen – für ein Land, in dem jede Stimme zählt, Beschluss des Landesparteitages vom 12. Oktober 2013, unter: http://www.spd-sachsen.de/wp-content/uploads/2014/08/1_L01-Demokratieoffensive-Sachsen.pdf

- das Konzept der Civic Education insbesondere im Sächsischen Schulgesetz, in den Lehrplänen und Curricula zu verankern. Entsprechende Zielsetzungen sollen sich im Bildungsauftrag der Schulen widerspiegeln.
- dass, Hochschulen die Civic Education aller Studierenden und insbesondere aller Lehramtsstudierenden fördern. Civic Education soll in der Aus-, Fort- und Weiterbildung von LehrerInnen fächerübergreifend verankert werden. Sie sollen bereits in ihrer grundständigen Ausbildung entsprechende pädagogische Haltungen und Handlungskompetenzen entwickeln.
- Civic Education in Sachsen an einem Hochschulstandort zu institutionalisieren, etwa nach dem Vorbild des Instituts für Didaktik der Demokratie der Leibniz Universität Hannover, das Forschungs- und Transferaktivitäten auf den Feldern von Politischer Bildung und Demokratiepädagogik, Geschichte und Erinnerungskultur sowie den sozialen Herausforderungen unserer Zeit bündelt.²
- Civic Education in der Erwachsenenbildung sachsenweit lokal zu institutionalisieren. In Zusammenarbeit mit der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung sollen nach niedersächsischem Vorbild mit lokalen Einrichtungen der Erwachsenenbildung Demokratiezentren aufgebaut werden, die sich als Ansprechpartner vor Ort in der Demokratiebildung verstehen.³

² Vgl. Institut für Didaktik der Demokratie: <http://www.demokratiedidaktik.de/das-institut/inhalte-und-ziele>

³ Vgl. Demokratiezentren in der niedersächsischen Erwachsenenbildung: http://www.demokratiezentren-nds.de/index.php?option=com_content&view=category&layout=blog&id=108&Itemid=482

Antrag B5

„Das Semesterticket ist Aufgabe der Studienräte“

Antragsteller*in: Unterbezirk Chemnitz

Weiterleitungen: Landesparteitag der SPD Sachsen und die SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag

Die Jusos Sachsen bekennen sich zur studentischen Mitbestimmung ohne Eingriffe anderer Institutionen. Die Verhandlung des Semestertickets ist Aufgabe der Studierendenräte und darf nicht an die Studierendenwerke übertragen werden.

1

Antrag B4**„Gleichstellungsarbeit an sächsischen Hochschulen aufwerten“**

Antragsteller*in: Juso-Hochschulgruppe Leipzig, SV Leipzig
Weiterleitungen: Landesparteitag der SPD Sachsen und die SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag

Das Thema Gleichstellung ist ein gesellschaftlich übergreifendes Thema, welches entsprechend auch an den Hochschulen verstärkt Geltung erlangen muss. Wichtigste Anlaufstelle sind dabei die Gleichstellungsbeauftragten auf zentraler und dezentraler Ebene der sächsischen Hochschulen. Sie bewältigen eine Fülle von Aufgaben, welche die zeitlichen Ressourcen eines Ehrenamts bei weitem übersteigt. Wir sprechen uns daher für die Schaffung von hauptamtlichen Stellen bzw. einer staatlich definierten Entlastungsregelung bei den Dienstaufgaben von wissenschaftlichem Personal aus.

Weiterhin müssen die Gleichstellungsbeauftragten endlich über ein eigenes Budget verfügen können, damit Gleichstellungsarbeit vor Ort langfristig gesichert wird, neue Konzepte und Ideen erprobt werden können und Projekte eine Chance auf Realisierung haben. Nur so ist eine kontinuierliche und innovative Arbeit möglich. Hierfür sind die Regelungen in § 55 SächsHSFG zu konkretisieren.

Neben der oben beschriebenen Entlastung für die Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten, braucht es ebenso neuer Regelungen zur Entlastung von weiblich sozialisierten Menschen, die häufig in Gremien mitwirken. Wichtigster Fokus ist dabei die Arbeit von Professorinnen und wissenschaftlichen oder künstlerischen Mitarbeiterinnen in Berufungskommissionen.

In Hinblick auf eine Ausgestaltung des Koalitionsvertrages sprechen wir uns für ein Vetorecht der Gleichstellungsbeauftragten innerhalb von Berufungskommissionen sowie den Organen der Hochschule aus. Hierzu muss mindestens ein aufschiebendes Veto im Hochschulgesetz verankert werden.

Um Berufungen wie Personalentwicklung transparent und gendersensibel durchführen zu können, sollen entsprechende Weiterbildungsangebote implementiert werden. Diese sollten einerseits fester Bestandteil der Personalentwicklungs- und Gleichstellungskonzepte der Hochschulen sein. Andererseits sollen neu berufene Professor*innen verpflichtend an den jeweiligen Schulungen teilnehmen.

Damit sich die Wichtigkeit des Gleichstellungsauftrags in den Zielvereinbarungen zwischen Hochschulen und Wissenschaftsministerium widerspiegelt, ist der prozentuale Anteil am Leistungsbudget zu erhöhen. Bei der Neuverhandlung der Zuschussvereinbarung im Globalen wie den Zielvereinbarungen je Hochschule ist dies in 2016 zu beachten. Hierbei sollen auch die Gleichstellungskonzepte verbindlichen Charakter erhalten.

1

1

Antrag U4**„Neue Technologien für neue Energiekonzepte systematisch fördern“****Antragsteller*in: Juso-Hochschulgruppe Dresden****Weiterleitungen: SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag und den zuständigen Staatsminister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr**

Der Freistaat Sachsen hat seit geraumer Zeit versprochen Erneuerbare Energien zu fördern. Dieses Versprechen muss endlich eingelöst werden.

Sachsen kann sich bisher noch nicht zum Vorreiter, weder im Aufbau, noch in der Produktion von Erneuerbaren Energien aus Wasser, Wind, Sonne, Geothermie oder Biotechnologie zählen.

Vor allem die Förderung neuer Technologien, die durch kreative und innovative Start-ups entwickelt werden, ist ein entscheidender Weg, um Sachsen nachhaltig an die Spitze zu bringen.

Hierzu sind konkrete Investitionen in solche Start-ups nötig. Der Freistaat soll ein durchdachtes und ausgewogenes Konzept der Technologieförderung entwickeln.

Das konkrete Investitionsprogramm kann zum Beispiel die Vergabe von Risikokapital, die Prämierung innovativer und nachhaltiger Technologien oder die Gewährung von Bürgschaften und Beteiligungen beinhalten.

Solch ein Investitionsprogramm sollte vor allem für Gründungen in der Energiebranche eingeführt werden – denn nur so ließe sich auch der „Brain-Drain“, also der Verlust von Wissen und Können aus Sachsen, im Energiesektor vorbeugen. Aber auch kommunale Projekte sollten von diesem Programm Nutzen ziehen können, denn letztlich müssen neue Technologien auch in die Realität umgesetzt werden. Sowohl die Entwicklung, als auch die Anwendung vor Ort wären damit aus einer Hand gesichert.

1

Antrag U6

„Diskriminierung der Braunkohle stoppen!“

Antragsteller*in: UB Mittelsachsen, Landesarbeitskreis UwE

**Weiterleitungen: Landesparteitag der SPD Sachsen und den zuständigen
Staatsminister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr**

Die Jusos Sachsen sprechen sich gegen eine Befreiung der Braunkohle von der Förderabgabe ab dem Jahr 2016 aus.

1

Antrag U5

„Mautpflicht für Omnibusse einführen!“

Antragsteller*in: UB Mittelsachsen, Landesarbeitskreis UwE

Weiterleitungen: Landesparteitag der SPD Sachsen und Bundeskongress der Jusos

Forderung:

Basierend auf der bestehenden LKW-Maut ist eine Mautpflicht für Omnibusse einzuführen. Davon ausgenommen sind nur diejenigen, die (nach RegG) im Auftrag des ÖPNV eingesetzt werden.

1

Antrag U7

„Europäische Kerosinsteuer einführen!“

Antragsteller*in: UB Mittelsachsen

Weiterleitungen: Landesparteitag der SPD Sachsen, Sächsischen Abgeordneten im EU-Parlament und Bundeskongress der Jusos

Forderung:

Eine Kerosinsteuer auf alle innereuropäischen Flüge ist europaweit einzuführen.

1

Antrag U1**„Von Bienen und Blumen – unsere Maßnahmen zur Eindämmung vom Bienensterben“****Antragsteller*in: UB Dresden****Weiterleitungen: Landesparteitag der SPD Sachsen, Bundeskongress der Jusos und die SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag**

Wir fordern:

- ein langfristiges Verbot aller Pestizide, die schädlich für Bienen und andere Bestäuber sind. Dabei handelt es sich vor allem um Chlorpyrifos, Cypermethrin und Deltamethrin.
- die Erstellung koordinierter Aktionspläne zum Bienenschutz, die nicht nur eine wirksamere Regulierung und Kontrolle des Einsatzes von Agrochemikalien zum Ziel haben, sondern auch die Überwachung der Gesundheit von Bienen und anderen Bestäubern erleichtern. Langfristig soll daran gearbeitet werden, naturnahe Lebensräume innerhalb und in der Umgebung von Agrarlandschaften zu verbessern und die Biodiversität auf Agrarflächen zu erhöhen.
- die Abwendung von chemieintensiver, destruktiver Landwirtschaft hin zu einer ökologischeren, umweltschonenderen Alternative. Hierzu sollen vor allem auf EU-Ebene mithilfe einer stärkeren öffentlichen und privaten Finanzierung die Erforschung und Entwicklung ökologischer Anbaupraktiken gefördert werden.
- die Schaffung eines landwirtschaftlichen Beratungssystems, welches auf EU-Ebene über ökologische Schädlingsbekämpfung und Anbaumethoden informiert.
- die Ausweisung von Flächen als im Umweltinteresse genutzte Flächen: Die Mitgliedsstaaten der EU sollen soweit wie möglich sicherstellen, dass durch die Ausweisung von Flächen als „im Umweltinteresse genutzt“ die Biodiversität sowie natürliche Funktionen von Agrarökosystemen wie Bestäubung und Kontrolle von Schädlingspopulationen geschützt und verbessert werden.

1

Antrag U2

„Glyphosat aus dem Verkehr ziehen“

Antragsteller*in: UB Dresden

Weiterleitungen: Landesparteitag der SPD Sachsen

„Das als Herbizid deklarierte Glyphosat soll so bald als möglich in Sachsen nicht weiter im Handel sein und auch nicht auf jedweder Fläche in Sachsen ausgebracht werden.“

1

Antrag U3

„Mehr Anreize – weniger Antibiotika in der Tiermast!“

Antragsteller*in: Juso-Hochschulgruppe Dresden
Weiterleitungen: Landesparteitag der SPD Sachsen

„Antibiotische Chemotherapeutika, die zu den Substanzklassen der Reserveantibiotika gehören, sollen für die Veterinärmedizin im Rahmen der Verordnung für Tiere in Massentierhaltungen verboten werden. Hygienemaßnahmen sollen mit einer positiv-Liste für Landwirte reizvoller werden.“

1

Antrag U8

„Plastikkirschen – nein Danke!“

Antragsteller*in: SV Leipzig

Weiterleitungen: Bundeskongress der Jusos

Wir Jusos fordern, dass in den Frischwareabteilungen, insbesondere der Obst- und Gemüseabteilung, von Supermärkten ausschließlich kompostierbare Beutel verwendet werden. Verbraucher*innen erhalten erst hierdurch die Möglichkeit zwischen in Plastik verpackten Lebensmitteln und einer ökologischen Variante zu wählen.

1

Antrag E1

„Menschenrechte statt Aufrüsten! – Stopp des deutschen-mexikanischen Sicherheitsabkommen“

Antragsteller*in: UB Vogtland

Weiterleitungen: Landesparteitag der SPD Sachsen und den Bundeskongress der Jusos mit dem Ziel der Weiterleitung an Bundesparteitag der SPD und an die SPD-Bundestagsfraktion

Die sechs toten und 43 entführten Student*innen in Ayotzinapa, die im September 2014 der Welt die Menschenrechtssituation in Mexiko vor Augen führten, sind kein Einzelfall, sondern ein trauriges Beispiel für die Verquickungen von staatlicher Korruption und organisierter Kriminalität⁴. Denn: die Missachtung und Verletzung von Menschenrechten in Mexiko sind kein "Kollateralschaden" im sogenannten Krieg gegen die Drogenkartelle, noch unvermeidbare Einzelfälle. Vielmehr sind sie tief im politischen System des Landes verankert, in dem der Staat, der Sicherheitsapparat und die organisierte Kriminalität aufs engste miteinander verbunden sind. Korruption und Gewaltverbrechen sind hierbei keine "Schwächen" oder "Ausfallerscheinungen" der Gesellschaft, sondern zentraler Bestandteil des politischen Betriebs.

Zahlreiche Verbrechen, wie Einschüchterung, Entführung, Folter bis hin zu Mord werden dabei nicht nur von "kriminellen Banden" begangen. Auch staatliche Sicherheitskräfte wie lokale oder bundespolizeiliche Einheiten sowie das Militär sind aktiv in sie involviert, wie das Beispiel in Ayotzinapa zeigt. Doch anstatt die Korruption und kriminellen Machenschaften zu bekämpfen, setzt die mexikanische Regierung auf Aufrüstung⁵. Hierbei spielen nicht nur Länder wie die USA eine Rolle, sondern auch Deutschland ist ein wichtiger Partner bei der Aufrüstung und Ausbildung der Sicherheitskräfte. Diese Kooperationen sollen zukünftig noch weiter ausgebaut werden. Seit 2011 wird zwischen den Regierungen beider Länder über ein Sicherheitsabkommen verhandelt, welches die polizeiliche Zusammenarbeit, die strategische und taktische Schulung von Einsatzkräften, die technische Unterstützung und den gegenseitigen Informationsaustausch vertraglich festhalten

⁴ Die 43 Student*innen wurden auf dem Weg zu Protesten gegen die Regierung zunächst von mexikanischen Polizeieinheiten angehalten und beschossen, wobei 6 Menschen starben. Die Verbliebenen wurden anschließend festgenommen und an ein örtliches Kartell übergeben, welches sie dann verschwinden ließ. Heute ist davon auszugehen, dass sie umgebracht und ihre Leichnamen verbrannt wurden. Als Übersicht über die Geschehnisse in Ayotzinapa und danach siehe das Dossier von Amerika21: <https://amerika21.de/dossier/massaker-von-ayotzinapa>.

⁵ So stiegen allein 2014 die mexikanischen Militärausgaben um 8% auf 8.068,68 Mio US-Dollar. Siehe Bonn International Center for Conversion, "Bonn International Center for Conversion (BICC) "Informationsdienst Sicherheit, Rüstung und Entwicklung in Empfängerländern deutscher Rüstungsexporte Länderportrait Mexiko" und <http://knoema.de/atlas/Mexiko/topics/Nationale-Verteidigung/Milit%C3%A4rausgaben-und-Handel/Milit%C3%A4rausgaben-percent-des-BIP>.

soll. Im Hinblick auf die gravierenden Menschenrechtsverletzungen, welche immer wieder von mexikanischen Sicherheitskräften begangen werden, bleibt zu befürchten, dass durch ein solches Abkommen deutsches Sicherheits-Know-how bei der Begehung dieser Verbrechen genutzt wird. Zugleich besteht die Gefahr, dass durch die Ausweitung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit im Bereich der Militär- und Sicherheitsgüter deutsche Waffen und Ausrüstungsgegenstände bei den Gewaltverbrechen zum Einsatz kommen.

Damit zukünftig die stattfindenden Menschenrechtsverletzungen nicht indirekt durch Deutschland unterstützt werden, lehnen wir eine weitere Militarisierung und Aufrüstung der mexikanischen Sicherheitskräfte mit deutscher Hilfe ab und fordern stattdessen:

- die Aussetzung der Verhandlungen über das Sicherheitsabkommen,
- die Verpflichtung Deutschlands, sich auf internationaler Ebene dafür einzusetzen, dass die von Mexiko unterzeichneten internationalen Verträge und Vereinbarungen zur Garantierung der Menschenrechte eingehalten und umgesetzt werden. Dazu zählen unter anderem: die UN Menschenrechtscharta, die Internationale Konvention zum Schutz aller Personen vor dem Verschwindenlassen und die UN-Konvention gegen Korruption.
- den Einsatz in bilateralen oder von der EU getragenen Verhandlungen und Projekten zur Stärkung der Rechtsstaatlichkeit, der Korruptionsbekämpfung und der Zivilgesellschaft in Mexiko.

1

Antrag E2

„Freizügigkeit gilt für Alle – humanitäre Neuordnung der europäischen Flüchtlingspolitik jetzt!“

Antragsteller*in: UB Chemnitz

Weiterleitungen: Bundeskongress der Jusos mit dem Ziel der Weiterleitung an die S&D-Fraktion im Europaparlament

Wir fordern die gemeinsamen Vereinbarungen verbindlicher materieller und sozialer Mindeststandards zur Unterbringung und Betreuung Geflüchteter in der europäischen Union als Grundvoraussetzung für eine Freizügigkeit von Geflüchteten. Wir fordern Freizügigkeit für Geflüchtete in der Europäischen Union. Alle Flüchtlinge sollen selbst entscheiden, in welchem EU Mitgliedsstaat sie einen Asylantrag stellen wollen. Eine europäische Quotenregelung zur Flüchtlingsverteilung lehnen wir langfristig ab. Stattdessen fordern wir einen europäischen Fond, in den alle Mitgliedsstaaten gemäß ihrer Wirtschaftskraft einzahlen. Aus diesen Mitteln erhalten die Zielstaaten zweckgebundene Unterstützungszahlungen je Flüchtling.

1

Antrag O1

„Innerparteiliche Mitbestimmung stärken – Für einen fairen Mitgliederentscheid“

Antragsteller*in: SV Leipzig

Weiterleitungen: Landesparteitag der SPD Sachsen, Bundeskongress der Jusos sowie an den Bundesparteitag

Der Bundesparteitag der SPD wird aufgefordert, den § 14 “Verfahren des Mitgliederentscheids” des Organisationsstatuts der SPD durch folgenden Absatz zu ergänzen:

“Die Vorbereitung und Durchführung des Mitgliederentscheids muss demokratischen Grundsätzen entsprechend durchgeführt werden. Die einseitige Förderung einer zur Entscheidung stehenden Position durch Parteigelder und -strukturen ist unzulässig. Die Kosten für die jeweiligen Werbekampagnen werden transparent offengelegt.”

1

Antrag G1**„Anonymisierter Krankenschein für Sachsen“****Antragsteller*in: UB Dresden****Weiterleitungen: Landesparteitag der SPD Sachsen**

Wir fordern die gefahrlose Inanspruchnahme medizinischer Leistungen durch Menschen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus (Illegalisierte) in Sachsen zu ermöglichen und auf Dauer sicherzustellen.

Um ein dafür geeignetes System zu finden, sollen analog zu Niedersachsen Modellversuche in verschiedenen sächsischen Kommunen gestartet werden. Als ein mögliches Konzept ist dabei der „anonymisierte Krankenschein“ des Medi Netz Dresden e.V. in Betracht zu ziehen.

Darüber hinaus fordern wir die Einrichtung und staatliche Finanzierung einer Asylambulanz in jedem Landkreis und jeder kreisfreien Stadt als spezialisierte Anlaufstelle für die medizinische Versorgung von Asylsuchenden und Illegalisierten.

1

Antrag W4**„Vermögensteuer umsetzen – Wachsende Ungerechtigkeit nicht akzeptieren“****Antragsteller*in: UB Dresden****Weiterleitungen: Landesparteitag der SPD Sachsen mit dem Ziel der Weiterleitung an den SPD-Bundesparteitag**

Die in den letzten Jahren in Deutschland zu verzeichnende Vermögensentwicklung ist erschreckend. Immer mehr Vermögenswerte sammeln sich in den Händen weniger gut betuchter Leute, während breite Bevölkerungsschichten über kein oder sogar negatives Vermögen, sprich Schulden verfügen. Ausgehend vom aktuellen Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung haben die reichsten 10% unserer Gesellschaft Zugriff auf fast 60% des Vermögens, die ärmsten 60% hingegen auf ganze 6%. Dies ist eine Entwicklung, die die Sozialdemokratie sorgen muss, denn sie bedroht mittelfristig die Grundfesten unserer Gesellschaft.

Wachsende Vermögensungleichheit sorgt nicht nur für gesellschaftliche Unzufriedenheit, sondern stellt auch ein ökonomisches Problem dar: Immer mehr Geld wird dem Konsum entzogen, womit die ohnehin schon nicht überwältigende Binnennachfrage in Deutschland weiter geschwächt wird. Die für die Bundesrepublik so prägende Mittelschicht verliert spürbar an Boden und sieht sich wachsenden Abstiegsängsten konfrontiert. Zugleich kann das sozialdemokratische Aufstiegsversprechen immer seltener eingelöst werden. Denn nicht das eigene Wirken, sondern vielmehr das Vermögen der eigenen Vorfahren bestimmen immer mehr die gesellschaftliche Stellung. Im Hinblick auf die sich abzeichnende Erbschaftswelle droht eine weitere Verschärfung dieser Entwicklung.

Daher ist aus unserer Sicht die rechtlich noch bestehende, aber seit 1997 ausgesetzte Vermögensteuer nach wie vor ein richtiges Mittel. Eine Wiedereinführung in veränderter Form begrüßen wir. Allein durch eine veränderte Besteuerung von Einkommen werden wir nämlich die die besorgniserregende Vermögensverteilung kaum ändern können. Daher hat diese Steuer natürlich eine gesellschaftspolitische Funktion, zugleich aber natürlich auch eine fiskalische: Zukunftsinvestitionen und der Erhalt unserer Infrastruktur werden in den kommenden Jahren den massiven Einsatz von Steuermitteln erfordern, die nur schwerlich aus den vorhandenen Quellen gewonnen werden können. Hier könnte die Vermögenssteuer als Ländersteuer einen gewichtigen Beitrag leisten.

Selbstverständlich sind wir uns aber den mit der Vermögensteuer einhergehenden Herausforderungen bewusst. Die Erhebungskosten müssen in einem gesunden Verhältnis zu den Einnahmen stehen und der verfassungsrechtliche Gleichheitsgrundsatz darf nicht wieder verletzt werden. Auch die Bewertung von

Immobilien- und Betriebsvermögen muss fair erfolgen und darf die wirtschaftliche Basis nicht zerstören. Aus unserer Sicht kann dieser Balanceakt aber mittels großzügiger Freibetragsregelungen und z.B. der Begrenzung der Besteuerung von Betriebsvermögen anhand des Ertrags gelingen. Zentral ist für uns auch eine gesamteuropäische Perspektive, um Steuerflucht zu vermeiden oder zumindest auf ein geringes Maß zu reduzieren.

1

1

Antrag W5**„Gute studentische Arbeit an sächsischen Hochschulen“****Antragsteller*in: Juso-Hochschulgruppe Leipzig, SV Leipzig****Weiterleitungen: Landesparteitag der SPD Sachsen, SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag**

Ergänzend zu den vom Landtag geforderten Mindeststandards für studentische und wissenschaftliche Hilfskräfte soll bei der Erarbeitung von Personalentwicklungskonzepten, künftigen Dienstvereinbarungen oder den Selbstverpflichtungen der Hochschulen darauf hingewirkt werden, dass

- bei der Einstellung von studentischen Hilfskräften eine Regelvertragslaufzeit von mindestens 6 Monaten existiert, wobei 24 Monate anzustreben sind;

- bei der Einstellung von wissenschaftlichen Hilfskräften eine Regelvertragslaufzeit von mindestens 12 Monaten existiert, wobei 24 Monate anzustreben sind, sofern es sich nicht um eine Stelle zur Qualifikation handelt;

- bei der Einstellung von wissenschaftlichen Hilfskräften im Sinne von Qualifikationsstellen sich die Regelvertragslaufzeit an der Dauer der Qualifikation orientiert;

- alle Stellen, auch studentische und wissenschaftliche Hilfskräfte mindestens hochschulintern ausgeschrieben werden;

- Zeiten von SHK- oder WHK-Tätigkeit während des Erst- und Zweitstudiums nicht nach dem Wissenschaftszeitvertragsgesetz angerechnet werden;

- die Studierenden aber auch die Dienstvorgesetzten von studentischen und wissenschaftlichen Hilfskräften über Rechte und Pflichten (bspw. Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall, Urlaub, Mutterschutz etc.) regelmäßig aufgeklärt werden, im Besonderen jedoch zu Beginn ihres Vertragsverhältnisses. Die Aufklärung ist durch Unterschrift aller Vertragspartner_innen verbindlich zu machen und zu dokumentieren.

Weiterhin soll die Mittelzuweisung an die Hochschulen bzw. innerhalb der Hochschulen nicht mehr jahresbezogen, sondern lehrzentriert, d.h. mindestens am Semester oder gar akademischen Jahr, erfolgen. Entsprechende Regelungen sind im Sächsischen Haushaltsgesetz zu modifizieren, um die Überjährigkeit von Verträgen zu ermöglichen.

Des Weiteren fordern wir die Ausweitung des Personen- und Mitwirkungskreises im Sächsischen Personalvertretungsgesetz. Studentische und wissenschaftliche Hilfskräfte dürfen nicht länger von einer ordentlichen Personalvertretung ausgenommen werden: Ggf. sind ob der i.d.R. kurzzeitigen Beschäftigung gesonderte Regelungen zu erlassen oder gar Gremien analog der Jugend- und Ausbildungsvertretung zu etablieren.

Außerdem fordern wir, im Zuge der Novellierung des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes dafür Sorge zu tragen, dass Zeiten des Studiums unberücksichtigt bleiben. Orientierung für die Zeiten der Nichtanrechnung sowie der Höchstbefristungsdauer muss die Regelstudienzeit sein. Demnach ist die Dauer von vier auf mindestens fünf Jahre im neuen §6 des RefE zum WissZeitVG zu erhöhen.

1

Antrag W3**„Gesetzliche Regelung der Tarifeinheit verhindern!“****Antragsteller*in: UB Dresden**

Die Gliederungen, für deren Ebene dieser Antrag beschlossen wurde, setzen sich dafür ein, dass die SPD von einer gesetzlichen Regulierung des Prinzips der Tarifeinheit absieht.

Die SPD betrachtet den gemeinsamen Kampf von Lohnabhängigen für Gleiche-Bezahlung nach gleicher Arbeit für ein hohes Gut. Es ist für den Auftrag der Gewerkschaftsarbeit nicht gut, wenn Gewerkschaften unter einander, um Einfluss ringen. Vielmehr muss die Kampfkraft aller Teile eines Betriebs zugunsten der gesamten Belegschaft eingesetzt werden können.

Die Erosion der Tarifbindung ist der gesetzlichen Absicherung prekärer Beschäftigungsverhältnisse und auf Unternehmensführungsebene der Zerlegung und Auslagerung von Arbeitsprozessen geschuldet.

Der Entwurf zur gesetzlichen Regelung der Tarifeinheit aus dem Haus des Bundesministeriums für Arbeit ist abzulehnen, da Eingriffe in die Ausübung des Streikrechts nicht ausgeschlossen werden können. Die Beschäftigten der Minderheitsgewerkschaft wären laut Gesetzesentwurf zur Friedenspflicht gezwungen und könnten nicht mehr gesetzlich abgesichert in den Arbeitskampf treten.

Das Ideal eines geeinten Gewerkschaftskampfes zur Durchsetzung der Interessen der Belegschaft eines Betriebs, ist nicht höher zu werten, als das Streikrecht und die im Grundgesetz verankerte Koalitionsfreiheit. Konkurrierende Gewerkschaften müssen ihre Angelegenheiten auch in Zukunft politisch lösen.

1

Antrag W1

„Investitionsstau durch ÖPPs beheben? – Öffentliche Infrastruktur gehört in öffentliche Hand!“

Antragsteller*in: UB Dresden

Weiterleitungen: Landesparteitag der SPD Sachsen mit dem Ziel der Weiterleitung an den SPD-Bundesparteitag

Öffentlich-private Partnerschaften (ÖPP) bzw. Public-private-Partnerships (PPP) sind aus unserer Sicht kein adäquates Mittel, um öffentliche Infrastruktur zu errichten bzw. zu erhalten. Weitgehend unabhängig von der konkreten Ausgestaltung ergeben sich schwerwiegende Nachteile, die den Einsatz vielfach unwirtschaftlich machen und die demokratische Kontrolle erschweren. Auch muss konstatiert werden, dass ÖPPs zur Behebung des Investitionstaus auf kommunaler Ebene kaum geeignet sind. Aber auch die bisherigen Erfahrungen mit Großprojekten wie z.B. dem Ausbau von Bundesfernstraßen sprechen gegen dieses Mittel. Die skizzierten Nachteile treffen aus unserer Sicht ebenso auf die im Rahmen einer Expertenkommission des Bundeswirtschaftsministeriums diskutierten neuartigen Modelle (z.B. öffentliche getragene Investitionsbanken oder öffentliche Investitionsfonds) zu.

Im Gegensatz dazu sprechen wir uns insbesondere für eine weitere Stärkung der kommunalen Finanzkraft aus. Mit den umfassenden Entlastungen bei der Grundsicherung, zusätzlichen Mitteln für die Flüchtlingshilfe und z.B. der Aufstockung der Mittel für Städtebau hat die SPD bereits umfassende Erleichterungen für die Kommunen auf den Weg gebracht. Doch um die kommunale Selbstverwaltung wirklich nachhaltig zu gewährleisten und Spielräume zum Abbau des riesigen Investitionsdefizites zu schaffen, müssen weitere Schritte unternommen werden. Dafür sind aus unserer Sicht entsprechende Prioritätensetzungen in den Haushalten, aber auch steuerliche Umverteilungsmaßnahmen (z.B. Anhebung Spitzensteuersatz und Wiedereinführung Vermögenssteuer) unverzichtbar und sinnvoller.

1

Antrag W2**„Privatisierungsbremse für Sachsen“****Antragsteller*in: UB Dresden****Weiterleitungen: Landesparteitag der SPD Sachsen**

Folgende Regelung wird neu als Absatz 6a in § 39 der Sächsischen Gemeindeordnung (SächsGemO) aufgenommen:

„Eine Veräußerung von öffentlichen Unternehmen oder Einrichtungen der Gemeinden des Freistaat Sachsen, die dem Gemeinwohl dadurch dienen, dass sie

1. Verkehrsleistungen oder Leistungen der Abfall- oder Abwasserentsorgung, oder der Energie- oder Wasserversorgung für die Allgemeinheit erbringen oder
2. Aufgaben im Bereich des Wohnungsmarktes übernehmen oder
3. andere wesentliche Beiträge zur wirtschaftlichen, verkehrlichen oder kulturellen Infrastruktur leisten,

setzt eine Zustimmung von zwei Dritteln des Gemeinderates voraus.

Dasselbe gilt für öffentliche Unternehmen nach Satz 1 bei der Veräußerung von Anteilen, auch verbundener Unternehmen, sofern diese mehr als unwesentlichen Einfluss auf die Erbringung der Leistung des Unternehmens ausüben können.“

1

Antrag Ini1**„Asylrecht ist Menschenrecht!“****Antragsteller*in: UB Dresden****Weiterleitungen: Landesparteitag der SPD Sachsen**

In den vergangenen Wochen und Monaten bestimmten Diskussionen über das Asylrecht maßgeblich die öffentliche Debatte in Sachsen. Immer wieder tauchen von konservativer Seite Vorschläge auf, das Grundrecht auf Asyl weiter auszuhöhlen und das Leben von Asylsuchenden wieder deutlich zu erschweren. Für uns steht fest, dass sich der Wert eines Grundrechtes gerade in den Zeiten zeigen muss, in denen es auch in Anspruch genommen wird. Zweifelsohne stellen uns die aktuellen Entwicklungen vor große Herausforderungen. Doch Sachsen ist und bleibt eine im weltweiten Vergleich reiche Region, die diese Herausforderungen meistern kann und muss. Der menschenwürdige Umgang mit Schutzsuchenden und die faire sowie vorbehaltlose Prüfung von Asylanträgen sind für uns nicht verhandelbar. Das bedeutet im Einzelnen:

- Das Geldleistungsprinzip bei der Versorgung von Asylsuchenden muss erhalten bleiben. Die in letzter Zeit immer wieder geforderte Wiedereinführung von Sachleistungen oder Gutscheinsystemen entmündigt Asylsuchende und trägt zu ihrer gesellschaftlichen Stigmatisierung bei. Echte Integration muss frühzeitig beginnen und den Betroffenen auch die Möglichkeit zum eigenverantwortlichen Handeln bieten. Den häufig geäußerten Vorwurf, dass Flüchtlinge in erster Linie nach Deutschland kommen, weil sie einige Monate lang überschaubare (Geld-)Sozialleistungen beziehen können, halten wir für absurd und falsch.
- Dass die Residenzpflicht mittlerweile weitestgehend abgeschafft wurde, halten wir nach wie vor für richtig. Eine generelle oder auf gewisse Personengruppe beschränkte Wiedereinführung würde die wichtigen Fortschritte bei der Umsetzung des „Rechts auf Freizügigkeit“ zunichtemachen.
- Wir lehnen die längerfristige Unterbringung von Asylsuchenden in Erstaufnahmeeinrichtungen ab. Die derzeit geltende Begrenzung auf drei Monate ist vernünftig. Häufig handelt es sich bei den Erstaufnahmeeinrichtungen um riesige Objekte mit hunderten BewohnerInnen, in denen die Unterbringungssituation alles andere als optimal ist. Echte Integration und gesellschaftliche Teilhabe kann nur vor Ort in den Kommunen gelingen.

- Wir sprechen uns gegen die Ausweitung der sogenannten „sicheren Herkunftsstaaten“ aus. Die Differenzierung zwischen „guten“ und „schlechten“ Asylsuchenden ist vielfach willkürlich und berücksichtigt nicht die Tatsache, dass es selbst in vermeintlich „sicheren“ Staaten plausible Fluchtgründe gibt. Die im europaweiten Vergleich sehr unterschiedlichen Anerkennungsquoten von Flüchtlingen aus beispielsweise dem Balkan untermauern dies. Zudem muss berücksichtigt werden, dass sich der Effekt bei der Verkürzung der Bearbeitungszeiten in engen Grenzen hält. Das Asylrecht muss ein Individualrecht bleiben.
- Den Vorschlag, auch in Sachsen nach dem Vorbild von Bayern sogenannte „Abschiebelager“ einzurichten, halten wir für falsch. Dadurch werden weder zusätzliche Kapazitäten geschaffen, noch sonst nennenswerte Vorteile erreicht. Vielmehr wird so eine Abwärtsspirale bei den Unterbringungsbedingungen provoziert, die zu inakzeptablen Zuständen führen kann.

1

Antrag Ini2**„Dauerhaftes Bleiberecht für Opfer rassistischer Gewalt“****Antragsteller*in: UB Dresden****Weiterleitungen: Juso-Bundeskongress mit dem Ziel der Weiterleitung an den SPD-Bundesparteitag**

Rassistische Gewalttaten und Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte haben in den vergangenen Wochen einen traurigen Höhepunkt erreicht. Bis Ende August 2015 gab es in der Bundesrepublik insgesamt 340 Angriffe auf entsprechende Einrichtungen. Damit hat sich die Zahl der Übergriffe im Vergleich zum Vorjahrszeitraum beinahe verdoppelt. Die rechte Gewalt auf Schutzsuchende hat eine neue Dimension erreicht.

Der Rechtsstaat muss gegen rassistische Gewalttaten ein deutliches Signal setzen - nicht nur im Hinblick auf die konsequente Bestrafung der Täter, sondern auch in Bezug auf die Opfer. Asylsuchende ohne Aufenthaltstitel, sind als Opfer rechter Gewalt, in laufenden Gerichts- und Strafverfolgungsprozessen doppelt entrechtet. Es ist schlimm genug, dass die Bundesrepublik die Sicherheit hier Schutz suchender Menschen oft nicht gewährleisten kann. Hinzu kommt, dass die Opfer in ihrer Rolle als Ankläger*innen und Zeugen eines Prozesses dennoch abgeschoben werden können. Sie haben damit nicht nur die Folgen von Ausgrenzung und Hass hinzunehmen, sondern auch die drohende Abschiebung. Das ist vor dem Hintergrund der grassierenden Gewalt gegen Asylsuchende nicht länger hinnehmbar.

Daher fordern wir, dass die Opfer rassistischer Gewalttaten ein dauerhaftes Bleiberecht bekommen. Damit wird die Bundesrepublik nicht nur ihrer gesellschaftlichen Verantwortung gegenüber den Opfern und ihrem sozialen Umfeld gerecht, sondern setzt auch ein klares politisches Signal an Täter und Gesellschaft. Wir bieten den Betroffenen nach ihrer traumatischen Gewalterfahrung Sicherheit und Schutz an und signalisieren, dass sie nicht allein gelassen werden.